



18.03.2024

TAG DER POLITISCHEN GEFANGENEN

SOLIDARITÄT

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Egal ob drinnen oder draußen – wir sind eins

I Vorwort des Bundesvorstands der Roten Hilfe e. V.

Liebe Genoss*innen, liebe Freund*innen, liebe Rote Helfer*innen!
 „So ist das Leben und so muss man es nehmen, tapfer, unverzagt und lächelnd – trotz alledem“. Vielen von euch ist dieses Zitat aus Rosa Luxemburgs Brief an Sonia Liebknecht bekannt. Sie schrieb diese Zeilen Mitte Dezember 1917 aus dem Gefängnis heraus.

Der 18. März ist der Kampftag für die Freiheit aller politischen Gefangenen. Wir als Rote Hilfe e. V. veröffentlichen seit 1998 unsere Sonderzeitung, um auf die Situation der vielen politischen Gefangenen aufmerksam zu machen. Wir berichten über die inhaftierten Genoss*innen, wir möchten Kämpfe im Knast und gegen den Knast sichtbar machen und den Menschen eine Stimme geben, die diese führen.

Darüber hinaus soll diese Zeitung dazu beitragen, euch zu mobilisieren, aktiv zu werden und euch an den vielfältigen Aktionen rund um den 18.3. zu beteiligen: Verteilt diese Zeitung, sprecht mit euren Freund*innen und Kolleg*innen darüber, organisiert Demos und Kundgebungen, sammelt Geld für Knast-Konten und schreibt unseren inhaftierten Genoss*innen. Und nicht zuletzt: Vergesst sie nicht! Knast trennt uns voneinander – räumlich, aber auch oft gedanklich. Dabei gilt jedoch: Egal ob drinnen oder draußen – wir sind weiterhin eins. Solidarität macht uns stark – als Bewegung, aber auch als Einzelne. Solidarität zu spüren hilft, Knast überstehen zu können. Solidarität zu organisieren schützt uns als Bewegung, schützt aber auch unsere Genoss*innen in den Knästen. Denn das Ziel von Knast ist überall das Gleiche: Aktivist*innen sollen gebrochen werden, damit sie ihre politische Identität aufgeben und ihre Kämpfe beenden. Unser aller Aufgabe ist es, unsere Genoss*innen zu unterstützen, mit allen politischen Mitteln für ihre Freiheit zu kämpfen und die Lebendigkeit der Kämpfe zu erhalten.

Die Diskussion um den Umgang mit Knast ist wahrscheinlich so alt wie die linke Bewegung selbst. Es ist eine Debatte, die immer wieder geführt werden muss und die, solange es Knäste gibt, nicht zu beenden sein wird.

Der Gedanke an Knast ist bedrohlich, kann uns ängstigen und lähmen, als Betroffene, als Freund*innen, als Angehörige, als Genoss*innen. Wir möchten euch deshalb alle umso mehr ermutigen, die Debatte um Knast und den Umgang damit intensiv zu führen. Das kann konkret bedeuten, die Aufmerksamkeit auf das Thema zu lenken, Gespräche zu führen, Kämpfe inner- und außerhalb der Mauern zu organisieren, aber auch die Entscheidung zu treffen, sich einer drohenden Inhaftierung zu entziehen. Die Strategien, mit Knast umzugehen, sind so vielfältig wie die linke Bewegung. Unsere Solidarität muss ihnen allen gelten.

Verschiedene Artikel berichten von Gefangenen wie Jo, Benni und Finn, die weiterhin kämpferisch mit ihrer Situation umgehen. Es lohnt sich, darüber zu lesen, wie wir angesichts von Knast(bedrohung) unbeugsam bleiben und mit welchen Strategien wir auch einen längeren Knastaufenthalt überstehen können. Natürlich finden auch unsere türkischen und kurdischen Genoss*innen hier einen Platz, um über Kämpfe zu berichten, werden sie doch seit Jahren kriminalisiert und in der BRD inhaftiert. Der Rechtshilfefonds Azadî e. V. blickt dabei auf die aktuellen Entwicklungen im Rahmen der laufenden 129b-Verfahren in Deutschland. Einzelne Beiträge beleuchten die Situation von Gefangenen wie Mazlum, der sich trotz aller Schikanen nicht brechen lässt. Tahir und Kenan zeigen in den laufenden Prozessen klare Haltung, die sie auch in ihren Briefen und Erklärungen deutlich machen – genau wie Özgül, Serkan und İhsan.

Aktuell sind im Rahmen des Budapest-Verfahrens bereits Antifaschist*innen inhaftiert, vielen weiteren droht eine Inhaftierung und die Auslieferung in das rechts-autoritäre Ungarn. Dies gilt es gemeinsam und mit all unserer Kraft zu verhindern. Auch hierüber könnt ihr auf den folgenden Seiten mehr erfahren.

Wir wollen auch dieses Jahr wieder internationale Kämpfe sichtbar machen. Deshalb freuen wir uns, dass wir beispielsweise Stimmen aus dem Baskenland, Italien, Griechenland, Chile und Russland hier Raum geben können.

Auch wenn wir jedes Jahr hoffen, über die Freiheit von Mumia Abu-Jamal und Leonard Peltier berichten zu dürfen, beschreibt der Bericht in der diesjährigen Sonderzeitung erneut die Situation der Langzeitgefangenen in den USA. Doch sind wir beeindruckt von dem jahrzehntelangen Kampf um Gerechtigkeit und Freiheit der beiden Aktivisten und von ihren vielen Unterstützer*innen weltweit. Deshalb findet ihr auch hierzu einen Bericht, denn niemand ist vergessen!

Dies hier sind nur einige Beispiele und Gedankenanstöße zur diesjährigen Ausgabe der 18.3.-Zeitung. So viel mehr bleibt zu berichten und zu sagen – einen Anspruch auf Vollständigkeit kann es wie immer nicht geben. Wir hoffen dennoch, mit dieser Zeitung erneut dazu beitragen zu können, die politischen Gefangenen in unserer alltäglichen Arbeit solidarisch im Blick zu behalten und für ihre Freiheit einzutreten.

Solidarität ist und bleibt unsere stärkste Waffe gegen ihre Repression! Wir wünschen allen Inhaftierten oder von Knast bedrohten Genoss*innen Freiheit und Glück. Bleiben wir also tapfer und unverzagt – trotz alledem!

Inhalt

Egal ob drinnen oder draußen – wir sind eins	1
„Solidarität macht stark genug, jedwede Art der Repression zu überstehen“ – Der Antifaschist Jo ist weiter in Haft	2
Veranstaltungen zum 18. März 2024	2
„Mauern können uns nicht trennen“ – Wie eine Phrase Bodenhaftung gewinnen kann	3
Verlegung nach Protest gegen Missstände – Antifaschist Jo bleibt auch hinter Gittern aktiv	3
Isolation und drohende Auslieferung an Ungarn – Maja ist seit Dezember in Haft	3
Klimagerechtigkeitsbewegung im Visier – Haftstrafen gegen Aktivist*innen häufen sich	4
Überleben in Haft – (wie) geht das? – Oasen in der Wüstenerfahrung Knastalltag	4
„Ich werde niemals aufhören zu kämpfen“ – Schikanen gegen Finn in der JVA Leipzig	5
JVA Tegel fürchtet sich vor Widerstand, Solidarität – und Acrylfarben – Kämpferischer Gefangener Andreas Krebs im Hungerstreik	5
Momente der Stärke und Gefühle der Einsamkeit – Brief von Benni aus der Untersuchungshaft	5
Weil das Feuer der Solidarität auch die letzte Zelle erhellt – Tahir Köçer: Zur praktischen Bedeutung von Solidarität in finsternen Zeiten	6
§ 129b-Verfahren gegen kurdische Aktivist*innen in Deutschland – Auslieferungsanträge an andere europäische Staaten nehmen zu	6
„Auf Zypern gilt Kenan Ayaz als Freiheitskämpfer“ – Interview mit Anwalt Efstathios C. Efstathiou	7
Musik als Terrorismus – Mazlum Dora ist seit 2021 in Stammheim in Haft	8
Fehlende Akten, ein erpresster V-Mann und verweigerte Krebsbehandlung – Untersuchungshaft und Prozess gegen drei türkische Linke	8
Repressionswelle nach dem Tag der Ehre – Wie deutsche Ermittlungsbehörden das ungarische Unrechtssystem für sich nutzen	9
Nach Hause, um die Schlüssel zu holen – Neue Vorzeichen im Kampf um die Freilassung der baskischen Gefangenen	10
Keinen Grashalm mehr gesehen – Internationale Mobilisierung gegen die Isolationshaft in Italien	10
Schikanen in der Lagerhaft und hohe Gefängnisstrafen – Zur Lage politischer Gefangener in Russland	11
Rachefeldzug der griechischen Regierung gegen Linke – Zur aktuellen Situation von politischen Gefangenen in Griechenland	11
Gewalt in türkischen Haftanstalten nimmt zu – der Widerstand auch! – Proteste gegen Haftbedingungen und Willkür	12
„No estamos todxs! – Wir sind nicht alle!“ – Kämpfe der politischen Gefangenen in Chiapas, Mexiko	13
Überfüllung, Gewalt und kein Zugang zur Grundversorgung – Ein Interview mit Antonia zur Situation der politischen Gefangenen in Chile	13
Die unwiderstehliche Kraft und der unbewegliche Gegenstand – Mumia Abu-Jamal ist seit über 42 Jahren in Haft	14
Free Leonard Peltier! – 2024 könnte zum Jahr der Entscheidung werden	14
Jahrzehntelange Haft für linke Aktivist*innen – Politische Gefangene in den USA	14
Solidarität muss praktisch werden! Schreibt den gefangenen Genoss*innen! – Adressen von Gefangenen	15
Wer ist die Rote Hilfe? / Impressum	16



„Solidarität macht stark genug, jedwede Art der Repression zu überstehen“ Der Antifaschist Jo ist weiter in Haft

| Jo und Solidaritätskampagne „Antifaschismus bleibt notwendig“

Die Hälfte des Hafturteils hat Jo nun abgesessen. Verurteilt wurde er zu 4,5 Jahren Haft im Nachgang einer Auseinandersetzung mit Faschisten der Scheingewerkschaft „Zentrum“ am Rande einer Querdenken-Demonstration in Stuttgart.

Knäste dienen der kapitalistischen Gesellschaft als Instrument zur Verteidigung und Aufrechterhaltung dieser Verhältnisse. Wer die Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse missachtet oder gar verändern möchte, wird weggesperrt. Der Knast hat dabei eine Doppelfunktion: Einerseits wirkt er in die Gesellschaft und andererseits auf die Gefangenen selbst. Denn innerhalb des Gefängnisses finden sich kapitalistische Logik und Unterdrückung in verdichteter Form wieder.

Jo beschreibt den Knast so:

„Während der ersten Wochen, die ich nun schon hinter Gittern verbringe, habe ich gelernt, dass Knast viel mehr ist, als nur eingesperrt zu sein. Es sind die ersten Wochen, in denen man keine Möglichkeit hat, sich bei Familie und Freund*innen zu melden, bis einem – wenn man Glück hat – eine Sozialarbeiterin eine Briefmarke zusteckt. Es ist die Tatsache, dass man das Geschirr nur mit kaltem Wasser und bis zum ersten Einkauf – falls man bis dahin Geld hat – auch ohne Spülmittel abwaschen kann. Es ist die Anstaltskleidung, die schon aus Prinzip nie passt. Es ist die Matratze, die viel zu dünn ist und von der man Rückenschmerzen bekommt. Und vor allem ist es das ewige Warten: Egal ob Briefe von draußen, Anträge auf Gespräche mit Ärzt*innen, einen Arbeitsplatz, Anwält*innentreffen oder Skype-Gespräche mit der Familie; alles braucht seine Zeit.“

Der Knast zielt durch seinen Charakter darauf ab, die Gefangenen gefügig zu machen, nach seinen Regeln zu konditionieren und jegliche Selbstbestimmung zu verhindern. Mit Zwang, Vereinzelung und Isolation sollen die Gefangenen verfügbar und verwertbar gemacht werden. Eine menschenwürdige Behandlung oder die Willensbildung einzelner Gefangener sind nicht vorgesehen.

Für politische Gefangene bedeutet er zusätzlich konstante Angriffe auf ihre politische Identität: durch Einschränkungen von Büchern, Post, Zellenrazzien, das Beschlagnahmen von persönlichen Gegenständen und in Jos Fall bis hin zur Verlegung in die Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal, weil er die Zustände in der JVA Ravensburg öffentlich gemacht hat.

Der Beschwerdebrief von Jo und seinen Mithäftlingen und auch all die anderen (alltäglichen) Kämpfe der Gefangenen sind Ausdruck eines kollektiven Umgangs mit ihrer Situation. Sie bieten nicht nur die Möglichkeit des gemeinsamen Widerstands, sondern schaffen auch ein solidarisches Miteinander und durchbrechen somit die Individualisierung des Knastes und die Logik der kapitalistischen (Ellenbogen-)Gesellschaft.

Jo sagt dazu:

„Hochsicherheitstrakte werden nach dem Prinzip ‚Jeder ist sich selbst der Nächste‘ betrieben. In einer ‚normalen‘ JVA ist das nicht anders. Dem wirkt man entgegen, indem wir uns als Häftlinge gegenseitig helfen und unterstützen, wo wir nur können. Der eine kauft Tabak für den anderen, da dieser kein Geld für den Einkauf hat, er schneidet dafür dem Kollegen die Haare, weil er draußen Friseur gelernt hat.“

Dieses Prinzip der gegenseitigen Hilfe ist für das Überleben im Knast extrem wichtig.“

Als politische Gefangene den Widerstand auch im Knast aufrechtzuerhalten, kann auch bedeuten, sich trotz der Isolation politisch weiterzubilden, Kontakte zu Bewegungen nach draußen zu halten, Teil von ihnen zu werden und damit die eigene politische Identität zu wahren und verteidigen.

Diese „politische Selbsterhaltung“ und den konkreten Widerstand gegen die alltäglichen Schikanen des Knastes zu unterstützen und ihnen einen Platz in unseren Kämpfen draußen zu verschaffen, sehen wir als wichtige Aufgabe.

Dazu gehört auch, die Gefangenen aufzubauen und zu stärken, sie in aktuelle Kämpfe einzubeziehen, mit ihnen ihre und unsere Herausforderungen, Erfahrungen und Kämpfe zu diskutieren und sie zu einem Teil unserer politischen Arbeit werden zu lassen. Denn so können sie Reichweite erlangen, gemeinsam Druck erzeugen, die Knastmauern durchbrechen und unsere Solidarität spürbar machen.

Denn sie zeigt Wirkung:

„Es gibt einem unendlich viel Kraft, wenn man die vielen Nachrichten von Genoss*innen aus ganz Deutschland liest und die vielen Bilder von Solidaritätsaktionen sieht. Diese Solidarität ist das, was unsere Bewegung zusammenhält und sie stark genug macht, jedwede Art der Repression und jegliche Rückschläge zu überstehen und gestärkt daraus hervorzugehen. Daran müssen wir festhalten und auch weiterhin konsequent für eine bessere Zukunft kämpfen.“

Veranstaltungen zum 18. März 2024

DONNERSTAG, 7. MÄRZ 2024

MANNHEIM 20.00 UHR
Solidarität verbindet – 100 Jahre Rote Hilfe
Filmpremiere, danach Filmgespräch mit den Filmemacher*innen;
ab 19 Uhr und im Anschluss Ausstellung „100 Jahre Rote Hilfe“
Ort: Cinema Quadrat, K1, 2, Mannheim
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Heidelberg/Mannheim



SAMSTAG, 9. MÄRZ 2024

ZEUTHEN 18.00 UHR
30 Jahre PKK Verbot – 30 Jahre Kriminalisierung der kurdischen Gesellschaft
Informationsveranstaltung
Ort: Bürgerhaus Zeuthen, Goethestr. 26B, Zeuthen
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Königs Wusterhausen



MITTWOCH, 13. MÄRZ 2024

POTSDAM 19.00 UHR
Briefe aus dem Gefängnis
Lesung aus Briefen von politischen Gefangenen in Belarus
Ort: Buchladen Sputnik, Charlottenstr. 28, Potsdam
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Potsdam und Fangruppe Sektor M



DONNERSTAG, 14. MÄRZ 2024

HANNOVER 20.00 UHR
Tearing Walls Down
Filmabend
Ort: Kino im Sprengel, Klaus-Müller-Kilian-Weg 1, Hannover
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Hannover u.a.



FREITAG, 15. MÄRZ 2024

HANNOVER 19.00 UHR
Zur Situation im Iran
Infoveranstaltung
Ort: UJZ Korn, Kornstr. 28–32, Hannover
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Hannover u.a.

KARLSRUHE 19.00 UHR

Briefe in den Knast
Soli-Theke mit Briefeschreiben
Ort: Barrio 137, Luisenstr. 31, Karlsruhe
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Karlsruhe

WIESBADEN 19.00 UHR

Reißen wir die Mauern ein, die uns trennen!
Briefeschreiben an gefangene Genoss*innen
Ort: Infoladen Wiesbaden, Blücherstraße 46 (Hinterhof), Wiesbaden
Veranstaltet von: Anarchist Black Cross (ABC) Rhein-Main und Rote Hilfe OG Wiesbaden



SAMSTAG, 16. MÄRZ 2024

BREMEN 12.00 UHR
Kampf dem Faschismus und seinen Wurzeln! Gegen Repression und ihre neoliberalen Verarmungspolitik!

Demonstration zum Tag der politischen Gefangenen im Rahmen der Bremer Aktionswochen gegen Repression
Auftrittkundgebung: Domsheide, Bremen-Mitte
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Bremen

DUISBURG 15.00 UHR

Freiheit für alle politischen Gefangenen!
Demonstration
Auftrittkundgebung: Pauluskirche Duisburg-Hochfeld
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Duisburg

KARLSRUHE 18.00 UHR

Freiheit für alle politischen Gefangenen!
Antifa-Abend mit Input
Ort: Barrio 137, Luisenstr. 31, Karlsruhe
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Karlsruhe und Offenes Antifa-Treffen Karlsruhe

MANNHEIM 16.30 UHR

Freiheit für alle politischen Gefangenen!
Bündniskundgebung
Ort: Marktplatz Mannheim
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Heidelberg/Mannheim, Kurdischer Kulturverein und Offenes Antifa-Treffen Mannheim

STUTTGART 13.00 UHR

Prozesse politisch führen
Wochenendkonferenz zum Tag der politischen Gefangenen, Tag 1
Ort: Linkes Zentrum Lilo Herrmann, Böblinger Str. 105, Stuttgart
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Stuttgart u.a.



SONNTAG, 17. MÄRZ 2024

MANNHEIM 19.00 UHR
100 Jahre Rote Hilfe: von der Gründung der RHD 1924 bis zur heutigen Roten Hilfe e. V.
Vortrag im Rahmen des Café Arranca
Ort: ASV, Beilstr. 12, Mannheim
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Heidelberg/Mannheim und Interventionistische Linke Rhein-Neckar

STUTTGART 10.00 UHR

Prozesse politisch führen
Wochenendkonferenz zum Tag der politischen Gefangenen, Tag 2
Ort: Linkes Zentrum Lilo Herrmann, Böblinger Str. 105, Stuttgart
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Stuttgart u.a.

TRIER 14.00 UHR

Rahmenprogramm zum Tag der politischen Gefangenen
mit Sekttempfang, Vortrag, Verpflegung, Knastbriefe schreiben und Filmvorführung
Ort: Komplex – Infoladen Trier, Hornstr. 7, Trier-West
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Trier und Die Plattform Trier



MONTAG, 18. MÄRZ 2024

AUGSBURG 19.00 UHR
Freiheit für alle politischen Gefangenen!
Rechtshilfe-Vortrag und kurze Übersicht aktueller politischer Gefangener
Ort: Die Ganze Bäckerei, Frauentorstraße 34, Augsburg
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Augsburg

BRUCHSAL TBA

Heraus mit den politischen Gefangenen!
Demo zum Knast
Weitere Infos unter karlsruhe.rote-hilfe.de
Ort: Bruchsal
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Karlsruhe

DUISBURG 17.00 UHR

Freiheit für alle politischen Gefangenen!
Kundgebung
Ort: Fußgängerzone Duisburg
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Duisburg

FREIBURG 18.00 UHR

Freiheit für alle politischen Gefangenen!
Rote-Hilfe-Solitresen
Ort: kyosk, Adlerstr. 2, Freiburg
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Freiburg

GÖTTINGEN 18.00 UHR

Solidarität verbindet – 100 Jahre Rote Hilfe
Filmvorführung im Rahmen der Reihe „100 Jahre Rote Hilfe – 30 Jahre Ortsgruppe Göttingen“
Ort: Kino Méliès, Bürgerstr. 13, Göttingen
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Göttingen

GREIFSWALD 20.00 UHR

Freiheit für alle politischen Gefangenen!
Kneipenabend
Ort: Klex, Lange Str. 14, Greifswald
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Greifswald

HANNOVER 18.00 UHR

Freiheit für alle politischen Gefangenen!
Bündnis-Demonstration
Auftrittkundgebung: Steintor, Hannover
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Hannover u.a.

KASSEL 18.00 UHR

Heraus mit den Gefangenen! Heraus zum 18. März!
Demonstration
Ort: Königsplatz, Kassel
Veranstaltet von: Fantasma und Solikreis Kassel

KIEL 18.00 UHR

Knastpost
Knastkritischer Vortrag, Küche für alle und Briefeschreiben an Gefangene
Ort: FKK in der Alten Mu, Lorentzendam 6–8, Kiel
Veranstaltende Gruppen: TurboKlima-Kampfgruppe und Rote Hilfe OG Kiel

NÜRNBERG 18.00 UHR

Freiheit für alle politischen Gefangenen!
Kundgebung
Ort: Jammnitzerplatz, Nürnberg
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Nürnberg/Fürth/Erlangen

PASSAU 20.00 UHR

Solidarität verbindet – 100 Jahre Rote Hilfe
Filmvorführung
Ort: ZaKK, Firmianstraße 10, Passau
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Passau

STUTTGART 18.00 UHR

Freiheit für die politischen Gefangenen
Knastkundgebung
Ort: JVA Stuttgart-Stammheim
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Stuttgart u.a.



DIENSTAG, 19. MÄRZ 2024

KARLSRUHE 19.00 UHR
Freiheit für alle politischen Gefangenen!
Küche für alle mit Input zum Tag der politischen Gefangenen
Ort: Café Noir, Schauenburgstr. 5, Karlsruhe
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Karlsruhe

MANNHEIM 19.00 UHR

Antifaschismus bleibt notwendig
Vortrag zur Haftsituation von Jo mit der Kampagne „Antifa bleibt notwendig“
Ort: Ewwe longt's, Kobellstr. 20, Mannheim
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Heidelberg/Mannheim und Offenes Antifa-Treffen Mannheim



MITTWOCH, 20. MÄRZ 2024

BONN 19.00 UHR
Repression gegen Antifaschismus
Vortrag im Rahmen des Antifa-Café
Ort: Alte VHS, Rölsdorfstr. 20, Bonn
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Bonn und Festkomitee Bonn „100 Jahre Rote Hilfe“



FREITAG, 22. MÄRZ 2024

HANNOVER 19.00 UHR
Zur Kriminalisierung von ‚People on the move‘ in Griechenland
Infoveranstaltung
Ort: UJZ Korn, Kornstr. 28–32, Hannover
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Hannover u.a.

Veranstaltungsreihen

Schafft Rote Hilfe!

Die Rote Hilfe in der Weimarer Republik und unter dem NS-Faschismus

Veranstaltungsreihe mit Silke Makowski (Hans-Litten-Archiv)

DIENSTAG, 12. MÄRZ 2024, 20.00 UHR BONN

Ort: Alte VHS, Rölsdorfstr. 20, Bonn
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Bonn und Festkomitee Bonn „100 Jahre Rote Hilfe“

MITTWOCH, 13. MÄRZ 2024, 18.30 DUISBURG

Ort: Linkes Zentrum „Maria Mester“, Landfermannstr. 9, Duisburg
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Duisburg

DONNERSTAG, 14. MÄRZ 2024, 20.00 UHR KÖLN

weitere Informationen unter koeln.rote-hilfe.de
Ort: tba, Köln
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Köln

ÜberLeben in Haft

Veranstaltungsreihe mit Thomas Meyer-Falk

MITTWOCH, 13. MÄRZ 2024, 19.00 UHR

KARLSRUHE
Ort: Barrio 137, Luisenstr. 31, Karlsruhe
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Karlsruhe

FREITAG, 15. MÄRZ 2024, 20.00 UHR

HEIDELBERG
Ort: Welthaus Heidelberg, Willy-Brandt-Platz 5, Heidelberg
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Heidelberg/Mannheim und Antifaschistische Initiative Heidelberg/IL

DONNERSTAG, 21. MÄRZ 2024, TBA

FREIBURG
Ort: Strandcafé, Adlerstr. 12, Freiburg
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Freiburg

DIENSTAG, 26. MÄRZ 2024, 19.30 UHR

LANDSHUT
außerdem Ausstellung „100 Jahre Rote Hilfe“
Ort: Infoladen Landshut, Alte Bergstr. 146, Landshut
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Landshut

MITTWOCH, 27. MÄRZ 2024, 19.00 UHR

NÜRNBERG
Ort: Stadteilladen Schwarze Katze, Untere Seitenstraße 1, Nürnberg
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Nürnberg/Fürth/Erlangen

DONNERSTAG, 28. MÄRZ 2024, 19.00 UHR

REGENSBURG
Ort: LiZe, Dahlienweg 2a, Regensburg
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Regensburg

FREITAG, 29. MÄRZ 2024, 21.00 UHR

MÜNCHEN
Ort: Kafe Marat, Thalkirchnerstr. 102, München
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG München



„Mauern können uns nicht trennen“ Wie eine Phrase Bodenhaftung gewinnen kann

| Rote Hilfe OG Stuttgart

Solidarität hat eine ungemeine Kraft. In der alltäglichen Antirepressionsarbeit gelingt es oft, einen gemeinsamen Umgang mit den Folgen staatlicher Kriminalisierung und Gewalt zu finden. Durch ihre Unterstützungspraxis kann die Rote Hilfe e. V. gewährleisten, dass im Falle von Geldstrafen keine*r im Regen stehen bleibt. Deutlich herausfordernder ist der Umgang mit Haftstrafen, da sich am Ende der gemeinsamen Vorbereitung die Knasttore hinter den Betroffenen schließen. Zwischen ihnen und der Bewegung liegen fortan schwere Mauern.

Haft kann auf unterschiedliche Weise zustande kommen. Teils liegen Monate oder sogar Jahre zwischen der kriminalisierten politischen Betätigung und dem Haftantritt. Mitunter kann es auch sehr schnell gehen, beispielsweise wenn eine Festnahme aus der Aktion heraus erfolgt und Untersuchungshaft angeordnet wird. Entsprechend unterschiedlich sind die Möglichkeiten, sich mit dem bevorstehenden Szenario auseinanderzusetzen. In jedem Fall relevant sind die eigene inhaltliche Auseinandersetzung und die daraus

resultierende Haltung, die sich die Betroffenen bereits vor dem Repressionsmomentum angeeignet haben und in der laufenden Auseinandersetzung ausbauen und festigen. Denn die Vorbereitung auf den Knast ist nur in nachgelagerter Weise eine technisch-organisatorische Angelegenheit.

Erfahrungsgemäß macht es Sinn, die Diskussion über das politische Selbstverständnis voranzustellen. „Wofür gehe ich in den Knast“ und „was soll der Knast bezwecken“ – es sind oft die ganz elementaren Fragen, deren Antwort es sich zu vergewissern gilt. Es ist immer sinnvoll, diese kollektiv zu besprechen. Das gibt Sicherheit und Halt für die Momente alleine in der Zelle.

Natürlich dürfen auch die ganz praktischen und organisatorischen Fragen nicht zu kurz kommen. Wie läuft das mit den Besuchen, der Kleidung, der medizinischen Versorgung, den Zeitungsabos, dem Essen? Dinge, die nicht im Vorhinein geklärt sind, sind um ein Vielfaches mühsamer zu klären, wenn die Kommunikation nur noch eingeschränkt möglich ist. Das betrifft insbesondere auch die

Fragen der politischen Einbindung. Wie kann ich Teil der politischen Bewegung bleiben? Denn natürlich muss das Ziel sein, dass das politische Engagement nicht nach dem Haftantritt pausiert, sondern auch unter den geänderten Rahmenbedingungen fortgesetzt werden kann.

Für die Antirepressionsbewegungen stellt die Solidarität über Knastmauern hinweg eine immer öfter anfallende Herausforderung dar. Nicht weniger herausfordernd ist der Umstand, dass sich zunehmend Aktivist*innen entscheiden, einen anderen Weg zu gehen, und sich einer Haftstrafe durch Untertauchen entziehen. Der Verfolgungseifer des Staates und der daraus resultierende Repressionsdruck auf das soziale und politische Umfeld erschweren eine Diskussion hierüber. Zumal eine praktische Unterstützung schnell eine eigene Kriminalisierung nach sich ziehen kann. Das schränkt auch die Handlungsmöglichkeiten der Roten Hilfe e. V. ein. Es hält uns aber ganz gewiss nicht davon ab, allen Untergetauchten Freiheit und Glück zu wünschen.



Verlegung nach Protest gegen Missstände Antifaschist Jo bleibt auch hinter Gittern aktiv

| Rote Hilfe OG Stuttgart

In Stuttgart werden seit Jahren vor allem antifaschistische Aktivist*innen zu Bewährungs- oder sogar zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Zu den bekanntesten Betroffenen gehört Jo: Gegen ihn wurde im so genannten Wasen-Verfahren eine Gefängnisstrafe von viereinhalb Jahren verhängt, weil er an einer körperlichen Auseinandersetzung mit Rechten am Cannstatter Wasen beteiligt gewesen sein soll.

Jo und weiteren Antifaschist*innen wird vorgeworfen, am 16. Mai 2020 Mitglieder der rechten Schein-Gewerkschaft „Zentrum“ an der Arena in Stuttgart-Cannstatt angegriffen und verletzt zu haben, als diese an einer Querdenken-Demonstration teilnehmen wollten. Es folgte eine große Offensive der baden-württembergischen Repressionsorgane gegen die antifaschistische Bewegung im Südwesten unter Federführung der eigens geschaffenen Ermittlungsgruppe „Arena“, die wegen Landfriedensbruchs und versuchten Totschlags ermittelte. Vor allem in der Landeshauptstadt reihten sich Anquatschversuche, offene Observationen und staatsanwaltschaftliche Zeug*innenvorladungen aneinander. Am 2. Juli 2020 kam es zu einer Razzia, bei der ein enormes Polizeiaufgebot neun Wohnungen von Antifaschist*innen in Stuttgart und anderen baden-württembergischen Städten durchsuchte und Jo in Untersuchungshaft nahm. Weitere Hausdurchsuchungen und die Verhaftung eines zweiten Genossen folgten am 4. November 2020. Für die Prozessbeglei-

tung und Knastsolidarität gründete sich das Bündnis „Antifaschismus bleibt notwendig!“, das gemeinsam mit der Rote Hilfe OG Stuttgart praktische Unterstützung, Öffentlichkeitsarbeit sowie Solidaritätsaktionen organisierte.

In dem Indizienprozess, der im April 2021 begann, war der unbedingte Verfolgungswille der Justiz unübersehbar, und Jo wurde zu viereinhalb Jahren verurteilt, der mitangeklagte Genosse sogar zu fünf-einhalb Jahren Haft. Nachdem im Sommer 2022 die Revision gegen das Urteil ohne Begründung abgelehnt worden war, musste Jo am 22. August 2022 seine Reststrafe von vier Jahren in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Ravensburg antreten.

Dort blieb er – trotz Schikanen durch die Gefängnisverwaltung – weiterhin aktiv und beteiligte sich mit Stellungnahmen und Grußworten für Kundgebungen am politischen Geschehen außerhalb der Mauern. Besonders unbequem für die JVA war jedoch, dass Jo sich mit anderen Häftlingen zusammenschloss und an kollektivem Protest gegen die dortigen Missstände beteiligte war. Insgesamt 34 Gefangene unterzeichneten am 17. März 2023 einen Offenen Brief, der willkürliche Maßnahmen und Schikanen, eingeschränkte Duschzeiten, gestrichene Besuchszeiten, mangelnde Bezahlung, die durch die Inflation noch unerträglicher wurde, sowie unzureichende medizinische Versorgung anprangerte. Außer diesen Beschwerden formulierten die Gefangenen klare Forderungen, um zumindest

Minimalstandards im Knastalltag zu erreichen. Dieses Schreiben wurde nicht nur durch solidarische Proteste vor der JVA begleitet, sondern auch von den Medien aufgegriffen, was die Leitung und staatlichen Behörden in Erklärungsnot brachte.

Zur Vergeltung wurde Jo im September 2023 in die JVA Bruchsal verlegt, um die unliebsame Gefangenengemeinschaft in Ravensburg aufzubrechen. Aber auch durch diese Maßnahme lässt sich der Antifaschist nicht kleinkriegen. Post, Besuche und Solidaritätsaktionen wie die lautstarke Knastdemonstration an Silvester 2023 in Bruchsal helfen ihm dabei.

Zusätzlich zur hohen Haftstrafe ist Jo noch einer weiteren Belastung ausgesetzt: An das Urteil schließt sich eine zivilrechtliche Schadensersatzforderung mit einem Streitwert von 140.000 Euro an. Um diese Kosten aufzubringen und die betroffenen Antifas und ihre Familien zu entlasten, haben die Solidaritätskampagne „Antifaschismus bleibt notwendig!“ und die Rote Hilfe einen Spendenaufruf gestartet. Durch Einzelspenden und Solidaritätsevents konnte schon ein Teil des Geldes gesammelt werden, aber um die enorme Summe zu erreichen, wird weiterhin viel finanzielle Unterstützung benötigt:

► Rote Hilfe Stuttgart
DE66 4306 0967 4007 2383 13
GENODEM1GLS
Stichwort: Notwendig
► Weitere Informationen:
<https://notwendig.org>

Isolation und drohende Auslieferung an Ungarn Maja ist seit Dezember in Haft

| 18.3.-Redaktion

Am 11. Dezember 2023 wurde Maja in Berlin verhaftet mit dem Vorwurf, gemeinsam mit anderen Antifaschist*innen an einer körperlichen Auseinandersetzung mit Nazis beteiligt gewesen zu sein. Im Februar 2023 waren mehrere bekannte Nazis am Rand des offenen NS-verherrlichenden Großevents „Tag der Ehre“ in Budapest verletzt worden. Deshalb stellte Ungarn unter anderem gegen Maja einen europäischen Haftbefehl aus, und die deutschen Behörden beteiligten sich ihrerseits mit einem eigenen Haftbefehl und intensiven Ermittlungen.

Die Verhaftung am 11. Dezember lief äußerst brutal ab: Maja wurde von den Beamten eines thüringischen Mobilen Einsatzkommandos durch eine Glasscheibe geworfen und verletzte sich an den Scherben. Seither sitzt Maja in Untersuchungshaft, und es droht die Auslieferung an Ungarn. Dort begann am 29. Januar 2024 in Budapest der Prozess gegen drei weitere Antifaschist*innen (vgl. Artikel auf Seite 9). Ob Maja an Ungarn ausgeliefert wird, wo ein unverhohlenen politisches Gerichtsverfahren und bis zu 24 Jahre Gefängnis unter katastrophalen Haftbedingungen bevorstehen, entscheidet derzeit das Kammergericht Berlin. Auch weitere Antifaschist*innen müssen bei einer Verhaftung mit einer Überstellung rechnen, wogegen sich die Kampagne #NoExtradition richtet.



Um Maja zu zermürben und zu brechen, wurden Mitte Januar 2024 ein mehrwöchiges Besuchsverbot und weitere Beschränkungen angeordnet und Kontakte zu Familie und Mitgefangenen unterbunden. Angesichts der drohenden Auslieferung ist die Isolation noch belastender. Umso wichtiger sind Briefe an Maja!

► Maja benutzt keine Pronomen. Das Budapest Antifascist Solidarity Committee hat im Hinblick auf das laufende Verfahren nach § 129 StGB („kriminelle Vereinigung“) einige Hinweise zum Briefeschreiben zusammengestellt: <https://www.basc.news/aufruf-zum-briefeschreiben-an-maja>

**Hol dir das
analyse & kritik
Vorteilsabo!**



- nicht von Millionär*innen finanziert wie Nazis
- kein Spekulationsobjekt großer Investor*innen
- kein Produkt, das Profit abwerfen soll, sondern politisches Werkzeug für linke Bewegungen

Jeden Monat radikaler linker Journalismus:
www.akweb.de/abo
Jetzt auch als Podcast!



Klimagerechtigkeitsbewegung im Visier Haftstrafen gegen Aktivist*innen häufen sich

| 18.3.-Redaktion

Schon die „Präventivhaft“, die die Polizei mit erschreckender Regelmäßigkeit gegen Klimaproteste einsetzt und die in Bayern sogar auf bis zu zwei Monate ausgedehnt werden kann, beraubt immer wieder Aktivist*innen wochenlang ihrer Freiheit. In letzter Zeit verhängen aber auch zunehmend Gerichte Haftstrafen gegen Menschen aus unterschiedlichen Klimazusammenhängen.

Den Auftakt einer neuen Wegsperroffensive machte im Frühjahr 2023 das Amtsgericht Heilbronn in beschleunigten Verfahren gegen die „Letzte Generation“ (LG): Wegen Nötigung verhängte es am 6. März 2023 zwei bzw. drei Monate Haft und am 17. April 2023 sogar drei, vier und fünf Monate Haft gegen LG-Anhänger*innen – ohne Bewährung. Einen neuen Rekord stellte das Berliner Amtsgericht Tiergarten am 20. September 2023 auf, als es eine LG-Aktivistin wegen (versuchter) Nötigung und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte*innen zu acht Monaten Gefängnis verurteilte.

Insgesamt verschärft sich das juristische Vorgehen gegen die Klimagerechtigkeitsbewegung. Während in den meisten Fällen weiterhin Geld- oder Bewährungsstrafen verhängt werden, sind inzwischen Inhaftierungen und Haftstrafen keine Seltenheit mehr. Besonders Aktivist*innen, die ihre Identität nicht preisgeben, sitzen teilweise über viele Monate hinter Gittern. Am bekanntesten wurde der Fall von Ella, die nach der Räumung des Dannenröder Forsts im November 2020 für eineinhalb Jahre im Gefängnis saß, bis sie im Mai 2022 freikam. Erst nach drei Monaten, im Dezember 2022, wurden Ava und Ralph aus der Untersuchungshaft entlassen, nachdem sie bei einer Blockade des brandenburgischen Kohlekraftwerks Jämschwalde im September 2022 verhaftet worden waren. In erster und zweiter Instanz wurden sie inzwischen zu vier Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt, wogegen Berufung eingelegt wurde.



Blockade vor dem Kohlekraftwerk Neurath am 28.11.2023
Gleichzeitig wird der Prozess gegen eine Angeklagte fortgesetzt, die aber lieber selbst an der Blockade teilnimmt.

Noch weit höhere Freiheitsstrafen sprach das Amtsgericht Grevenbroich gegen Klimagerechtigkeitsaktivist*innen aus, denen die Blockade des nordrhein-westfälischen Kohlekraftwerks Neurath am 5. November 2021 vorgeworfen wird. Ein erster Prozess vor dem Amtsgericht Grevenbroich endete am 3. April 2023 nach sechs Verhandlungstagen mit neun Monaten ohne Bewährung. Mit diesem Urteil ging die Richterin noch deutlich über die Forderung der Staatsanwaltschaft hinaus. Zur Begründung verwies sie auf die politische Überzeugung der angeklagten Person, wodurch auch künftig mit Engagement gegen die Klimazerstörung zu rechnen sei. Auch wenn das Landgericht Mönchengladbach die drakonische Strafe am 12. Januar 2024 auf 120 Tagessätze reduzierte, bleibt der unbedingte Verfolgungseifer der Justiz unübersehbar. Inzwischen hat zudem das Amtsgericht Grevenbroich nochmals nachgelegt, indem dieselbe Richterin am 19. Dezember 2024 eine weitere Klimagerechtigkeitsaktivistin zu ebenfalls neun Monaten Haft wegen der Neurath-Blockade verurteilte.

Es ist offensichtlich, dass die Repressionsorgane vermehrt auf Inhaftierungen setzen, um die massiven Proteste gegen die Klimazerstörung einzuschüchtern. Dagegen müssen sich breite Proteste und eine starke Solidaritätsbewegung bilden. Lasst die Betroffenen nicht allein!

Überleben in Haft – (wie) geht das? Oasen in der Wüstenerfahrung Knastalltag

| Thomas Meyer-Falk

Wird ein Mensch ins Gefängnis gesperrt, endet das bislang so vertraute Leben. Der Kontakt mit lieben, mit vertrauten Menschen verengt sich auf Briefe, Besuche und Telefonate. Staatlich überwacht, nicht ansatzweise so nahe, so eng, so vertraut wie vor der Inhaftierung.

Sich hierauf innerlich einzurichten, das dürfte intellektuell leichter gelingen als emotional, denn wenn die Stahltüre knallend ins Schloss fällt, Wärter*innen die Türe laut zuschließen, wir die Stille „danach“ hören, vor allem: spüren. Dann kommen Gefühle auf, welche wir nicht im Voraus imaginieren können. Dennoch ist es ein erster Schritt, gedanklich eine solche Situation durchzuspielen.

Wer in einer Einzelzelle untergebracht ist, wird viel Zeit mit sich alleine verbringen. In einer Gemeinschaftszelle hingegen wird rund um die Uhr ein anderer Mensch, den wir uns nicht ausgesucht haben, unser Leben mit uns und wir mit ihr*ihm teilen (müssen).

Es wird eine Grenzerfahrung sein. Die Spannweite der Gefühle kann reichen von Verzweiflung, Niedergeschlagenheit, Leere über Wut, Zorn bis hin zu Hass. Auch somatische Reaktionen können auftauchen: beispielsweise niedriger oder hoher Blutdruck, Hautreaktionen, diffuse körperliche Schmerzen.

Als politische Subjekte, in der Regel eingewoben in solidarische Strukturen, wissen wir uns innerlich anderen verbunden: über die Mauern hinweg. In den Wochen nach der Festnahme folgt erst mal eine Wüstenerfahrung. Wir werden am ehesten zu Mitgefangenen, Knastpersonal und zu den Anwalt*innen Kontakt haben, denn bis die ersten Briefe im Gefängnis ankommen, das dauert. Als Möglichkeit, um die eigenen Erfahrungen immer auch ein Stück weit zu ertönen, kann es hilfreich sein, sich zu vergegenwärtigen, unter welchen Umständen andere Menschen in Haft saßen oder immer noch sitzen. So etwas hilft nicht auf Dauer, kann aber eine Möglichkeit in einem größeren Bündel an Bewältigungsstrategien sein.

Im Laufe der Haftzeit werden sich Briefwechsel, Besuche, vielleicht auch Telefonate etablieren. Sie werden wichtige Leuchttürme im Leben, immer wieder kleine Oasen des lebendigen Austauschs. Die Verbundenheit mit der Welt außerhalb der Haftanstalt erschien mir stets existenziell. Die rechtlich unter bestimmten Bedingungen mögliche inhaltliche Überwachung von Briefen, Telefonaten oder Besuchen kann einen offenen Austausch erschweren. Denn vielleicht wollen wir uns nicht verletzlich zeigen, gerade nicht vor Vertreter*innen der Repressionsbehörden. Wie offen Menschen sich mitteilen, ist eine individuelle Entscheidung, tendenziell plädiere ich für eine gewisse Offenheit gegenüber engeren Bezugspersonen. Abgesehen davon, dass sie uns eh nicht abnehmen würden, wenn wir auf cool und abgebrüht machen: Wir tauschen auch jene, die nach uns in Gefängnis geworfen werden.

Zugleich, das ist dann die Verantwortung der inhaftierten Menschen für jene draußen, sollten wir womöglich nicht alles bei ihnen vorbehaltlos abladen, denn damit vergrößern wir deren eigene Gefühle von Hilflosigkeit: Sie können uns unmittelbar nicht aus der jeweiligen beschissenen Situation herausholen, müssen zudem ihr Alltagsleben weiterführen. Das heißt Lohnarbeit, Politarbeit, Soliarbeit, vielleicht einfach das Leben auch mal genießen. Hier sollte ein Gleichgewicht gefunden werden zwischen Offenheit und Zurückhaltung. Neben dem Knüpfen und Erhalt von Kontakten in die Welt vor den Mauern gibt es immer auch Mitgefangene, mit denen guter Austausch möglich ist – sie gilt es zu finden!

Ansonsten kann es hilfreich sein, sich schon mal mit grundlegenden Rechtsfragen vertraut zu machen, also bei An-

relevanz, und wenn dann mal so ein Gerät auf dem Tisch steht, ist der Griff zur Fernbedienung oft viel zu leicht. Das Bedürfnis, für ein paar Minuten den Haftalltag zu vergessen, ist verständlich. Hier könnte eine Lösung sein, sich nur für bestimmte Zeiten ein Gerät in die Zelle zu holen und ansonsten auf das Radio zurückzugreifen. Es gibt dort gute Hörspiele, Features, Diskussionssendungen und Musik.

Die Gedanken über Möglichkeiten des Überlebens in Haft wären unvollständig, würde ich nicht auch die Haftentlassung ansprechen: Denn wie wir die Haft überlebt haben werden, dies erweist sich erst nach der Freilassung! Über die oft großen Schwierigkeiten, sich wieder in den sozialen Zusammenhängen einzufinden – denn diese sind (hoffentlich) weiter gewachsen, haben sich entwickelt, verändert, wovon wir in Haft immer nur partiell



wält*innen oder Freund*innen juristische Unterlagen und Bücher zum Strafvollzugsrecht anzufragen. Warum? Mitunter ist der legalistische Weg eine gangbare Aktionsform. Zur Unterstützung anderer Inhaftierter wie auch für uns selbst. Fundierteres juristisches Wissen ist in Haftanstalten rar gesät: nicht nur unter den Insass*innen, selbst beim Anstaltspersonal. Selbstermächtigung bedeutet auch, die gegebenen rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen. Ganz abgesehen davon, dass Wärter*innen oftmals im Haftalltag mit der Zeit zurückhaltender werden mit kleinlichen Schikanen, wenn sie wissen, dass anschließend eine Flut von (fachkundigen) Beschwerden folgt; und unsere Anwalt*innen haben in der Regel nicht die Kapazitäten, für alles und jedes Schriftsätze einzureichen. Was wir in Haft selbst machen können, sollten wir deshalb tatsächlich selbst tun.

Schließlich sind auch regelmäßiges Zeitungs- und Bücherlesen wichtige Möglichkeiten, um zu überleben. Ich weiß, Fernseher sind verführerisch, aber aus meiner eigenen Hafterfahrung heraus würde ich immer für Bücher, Zeitungen und das Radio plädieren. Die bildlichen Informationen, welche Fernseher vermitteln, sind vielfach von untergeordneter

etwas mitbekommen –, wird selten informiert. Aber sie sind Realität! Wir selbst werden uns verändert haben. Ein monate- oder gar jahrelanger Freiheitsentzug bedeutet einen erheblichen Einschnitt in das Leben aller Betroffenen: das der Gefangenen wie auch ihres Umfeldes. Es ist eine Illusion anzunehmen, mensch könnte an den Tag vor der Verhaftung nahtlos anknüpfen. Rechtzeitig vor einer Freilassung sollten mögliche Schwierigkeiten angesprochen und gemeinsam diskutiert werden.

Ein Überleben in Haft ist möglich. Jedoch bedarf es eines bewussten, anstrengenden Reflexionsprozesses: seitens der Gefangenen, oder der von Gefangenschaft bedrohten Menschen, wie auch des politischen und sozialen Umfeldes. Die Rote Hilfe bietet hier einen solidarischen Zusammenhang, der vielen Betroffenen in der Vergangenheit genau dies ermöglicht hat – auch mir selbst! Einen solidarischen Zusammenhalt, der auch künftig ein starkes Band zwischen den von Repression Betroffenen und den jeweiligen politischen Zusammenhängen knüpft, erst recht zu jenen, die in die Knäste gesteckt werden!

► <https://breakdownthewalls.site36.net>



Gefangenen Info.

Unsere Solidarität gegen ihre Repression

Das Gefangenen Info leistet Öffentlichkeitsarbeit gegen Repression und Desinformation und bietet den politischen Gefangenen, dem Inhalt und dem Hintergrund ihrer Kämpfe eine Plattform.

Unser Ziel ist es, die staatlich verordnete Isolation zu durchbrechen, den gefangenen Genoss*innen den Rücken zu stärken und die notwendige Kommunikation zwischen den Inhaftierten und der Bewegung draußen aufrecht zu erhalten.

Mit aktuellen Artikeln zu Widerstand, Repression und Solidarität in der BRD wie international versuchen wir die Bedingungen für eine Verbindung von den Kämpfen in den Knästen mit den Kämpfen draußen zu entwickeln und auszubauen.

Weitere Infos unter www.gefangenen.info



Große Bücher ... für kleines Geld

Marxistische Theorie | Politische Ökonomie | Politik & Geschichte Historischer Materialismus | Kunst Kultur | Frauenbewegung | Betrieb & Gewerkschaft | Antifaschismus Militärpolitik | International | Lexika Lehren | Lernen | Philosophie & Wissenschaften | Biografien Romane | Weltliteratur | Kinder- und Jugendbücher ...

uzshop.de
antiquariat.unsere-zeit.de



„Ich werde niemals aufhören zu kämpfen“ Schikanen gegen Finn in der JVA Leipzig

| Finn and friends

Seit dem 17. Februar 2023 sitzt Finn in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Leipzig. Er ist Antifaschist und Klimaaktivist und wurde während der Räumung des Heibo (Waldbesetzung bei Dresden; Anm. d. Red.) festgenommen und inhaftiert. Die Inhaftierung hat keinen Heibo-Zusammenhang. Die Gerichte setzen die Macht- und Eigentumsverhältnisse in diesem Staat durch und verurteilen Finn zu drei Jahren und sechs Monaten Haft.

Finn muss in der JVA Leipzig diverse Schikanen und Repressionen über sich ergehen lassen. Finn ernährt sich vegan, was in unserer Gesellschaft und noch viel mehr in ihren Knästen mit Hürden verbunden ist. So hatte er mehrere Tage nichts zu essen, wenn ihm veganes Essen verweigert wurde. Einen anderen unangenehmen und erniedrigenden Vorfall musste Finn über sich ergehen lassen, als er einmal Besuch von einer Person im Knast bekam. Nach diesem Besuch musste er sich völlig nackt ausziehen und wurde einer Leibesvisitation unterzogen. Diese wurde durchgeführt, da er verdächtigt wurde, dass er von der besuchenden Person Drogen in den Knast geschmuggelt habe. An diesem Vorwurf war natürlich nichts dran, und die Schließer*innen haben keine Drogen gefunden. Es ist jedoch nicht klar, ob dies nur als Vorwand diente, um Finn in eine besonders erniedrigende Situation zu bringen.

Finn muss seit Monaten Schikanen durch die Sicherheit und Ordnung der JVA über sich ergehen lassen. Seine Briefe werden aus stupiden Gründen mitgelesen, bevor sie zur*zum Empfänger*in gehen, und schreibt Finn darin von Schikanen und Repressionen, wird dieser Brief nicht abgeschickt. Ein Antrag beim Gericht zur Aufhebung dieser willkürlichen Postkontrolle liegt bereits vor und wird geprüft.

Seit Anfang der Haft im Februar 2023 bittet Finn um psychische bzw. psychotherapeutische Hilfe, die ihm bis heute durch stupide bürokratische Maßnahmen

und Justizversagen verwehrt wird. Finn hat schwere Depressionen, die durch die Haft schlimmer werden, und benötigt entsprechende Hilfe.

Der Abteilungsdienstleiter der JVA Leipzig behauptet, Finn würde mit dem Namen „Finn Siebers“ Identitätsbetrug begehen, denn es gäbe ja einen „echten“ Finn Siebers, der auch mal in der JVA Leipzig war. Der Abteilungsdienstleiter stellt es so dar, als würde Finn von dem anderen Finn die Identität klauen und

Solche Situationen gehören im Knast leider zum Alltag, und sie zeigen, welchen Schikanen und Repressionen die Gefangenen dort immer wieder ausgesetzt sind. Wir zeigen uns solidarisch mit Finn und allen politischen Gefangenen, inhaftierten Klimaaktivist*innen und Antifaschist*innen und protestieren gegen die unmenschlichen Haftbedingungen im Knast. Wir fordern eine Welt, in der Menschen nicht in Knäste gesperrt und von der Gesellschaft isoliert werden!



Finn vor der Kiesgrube KBO Heidebogen 10.2.2023

missbrauchen, was Verleumdung ist: Finn besitzt diesen Namen seit 2021, also vor der Haft, und er hat keinerlei Bezug zu einer anderen Person. Finn hat den Abteilungsdienstleiter wegen Verleumdung angezeigt.

Trotz alledem gibt Finn nicht auf: „Ich habe jeden, jeden Tag Hoffnung, und ich werde niemals aufhören zu kämpfen“, meinte er Anfang März 2023 in einem Interview mit Radio Blau.

Als Teil der Klimagerechtigkeitsbewegung weiß Finn, wofür es sich zu kämpfen lohnt, und träumt hinter hohen Mauern von einer Welt, in der diese nicht nötig sind. Unsere Leidenschaft für die Freiheit ist stärker als jede Zelle! Ein Angriff auf eine*n ist ein Angriff auf uns alle! Also lasst uns alle antworten!

Until all are free! Free all antifas!

JVA Tegel fürchtet sich vor Widerstand, Solidarität – und Acrylfarben Kämpferischer Gefangener Andreas Krebs im Hungerstreik

| Rote Hilfe OG Berlin

Der kämpferische Gefangene Andreas Krebs befindet sich trotz gesundheitlicher Probleme seit dem 29. Januar 2024 im Hungerstreik. Damit reagiert er auf die Repression und Schikanen der Berliner Justizvollzugsanstalt (JVA) Tegel. Die JVA versucht unter anderem, ihn zu isolieren, und weigerte sich, ihm linke Publikationen – wie das Gefangenen Info (GI), die Rote Hilfe Zeitung oder sein eigenes autobiografisches Buch „Der Taifun. Erinnerungen eines Rebellen“ – auszuhändigen.

Sein Protest löste eine große Welle der Solidarität aus. Unterschiedliche Gruppen und Personen machen seitdem auf seinen Hungerstreik aufmerksam, und auch Mitinsassen stehen hinter ihm. Andreas selbst gab ein Interview für coloRadio Dresden und schaffte es sogar, einige kurze Videos unter die Leute zu bringen, in denen er auch von vielen weiteren Missständen berichtet.

Am 7. Februar hatte Andreas ein Gespräch mit einigen Verantwortlichen, die ihm ein paar Zusagen machten, um ihn zu besänftigen. Es schien, als hätte er einen Teilerfolg erkämpfen können – unter anderem die Aushändigung der Rote Hilfe Zeitung.

Doch schon in den nächsten beiden Tagen zeigte das Knastsystem erneut sein wahres Gesicht. Unter anderem wur-

de ein Besuch seines Anwalts blockiert, und das GI darf er nur zensiert empfangen. Doch selbst ein Antrag auf Acryl-



Andreas in der JVA

und Aquarellfarben wurde von der JVA mit der Begründung abgelehnt, dass „die Utensilien geeignet sind, linksextremistische Propaganda und Agitation zu un-

terstützen, indem Zeichen, Symbole oder Aufrufe großflächig auf Papier oder Leinwand gebracht werden, um sie sichtbar aufhängen zu können beziehungsweise demonstrativ mitführen zu können.“

Andreas wird in seiner persönlichen Entfaltung komplett eingeschränkt. Malen ist eine wichtige Beschäftigung, um sich zu entspannen und sich kurzzeitig von dem dauernden Stress und dem eigenen schlechten Gesundheitszustand abzulenken. Das alles wird ihm verwehrt. Diese Maßnahmen zeigen aber auch gleichzeitig, wie sehr Andreas' Widerstand und die Solidarität, die er erfährt, fruchten, und welche Angst Malutensilien bei den Verantwortlichen auslösen können.

Wir wissen, dass Andreas auf keine Kompromisse eingehen und seinen Protest fortführen wird. Umso wichtiger ist es, dass der Druck von außerhalb durch Aktionen, Veröffentlichungen, Briefe, Postkarten und anderes aufrechterhalten wird. Zeigt ihm, dass er nicht alleine ist. Denn Widerstand braucht Solidarität, und Solidarität ist unsere Waffe.

Free Andreas, free them all!

► Weitere Informationen unter <https://www.freie-radios.net/126590> <https://www.berlin.rote-hilfe.de/neuigkeiten-von-andreas-krebs-protests-gegen-die-jva-tegel/>

Momente der Stärke und Gefühle der Einsamkeit

Brief von Benni aus der Untersuchungshaft

Im Folgenden lest ihr einen Text unseres Gefährten und Freundes Benni. Er sitzt seit dem 5. Januar 2024 in der JVA Leinestraße in Leipzig in Untersuchungshaft. Ihm wird unter anderem vorgeworfen, am Tag X in Leipzig (am 3. Juni 2023; Anm. d. Red.), bei den Protesten gegen das Urteil im sog. Antifa-Ost-Verfahren, einen Brandsatz auf das USK Dachau geworfen zu haben.

Soligruppe Free Benni (Leipzig, 2. Februar 2024)

Jetzt bin ich schon 30 Tage in der JVA Leipzig in U-Haft. 30 mal derselbe Tag voll sinnlosem Zeittotschlagen und höchstens kosmetischen Änderungen. Welcher Film läuft am Abend, welche Variation von Kartoffeln und Wurstbrot wird es heute zu essen geben, wann werden wir wie Vieh auf die Weide getrieben und wann gibt es endlich mehr Infos zum Ende dieser Quälerei? Mir fehlen vor allem Freund*innen und Familie. Die Momente der Stärke wechseln sich ab mit Gefühlen der Einsamkeit und des Frustes.

Aufgrund der Vorbereitungszeit und dem zahlreichen, bestärkenden Support, der mich erreicht, geht es mir aber ganz gut. Ich rauche nicht, mache viel Sport und hab Spaß am vielen Lesen – all das ist praktisch hier. Außerdem werde ich wahrscheinlich immer Geld und Unterstützung von außen haben und kann mich mit meinen Deutschkenntnissen gegen die Wärter behaupten. All das macht mich zu einem privilegierten Gefangenen.

Meine tschechischen Kumpels hier drin warten teilweise Monate auf ihren Prozess wegen Diebstahl im Wert von 60 Euro. Wer hier kein Deutsch versteht, hat keine Chance, die Regeln zu verstehen. Niemand erklärt ihnen, wie sie Kontakt zu ihren Familien aufnehmen können. Dafür kennen sie jetzt die deutschen Wörter „Einschluss“ und „nicht zuständig“.

Auch sonst ist der funktionale Charakter des Knastes klar erkennbar. Meine Mitgefangenen sind hauptsächlich Typen, die aus sozialer Notlage, klassenbedingtem Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen oder auch einfach aus einem mir sehr sympathischen antagonistischen Verhältnis zu Recht und Ordnung kriminell geworden sind. Der Rest muss offene Geldstrafen absitzen.

Außerdem ist ein Klimaaktivist und Heibo-Verteidiger mein direkter Nachbar. Es ist wirklich schön, mit einem Genossen sitzen zu können.

Noch fällt es mir schwer, hier so abgeschnitten von draußen zu sein, aber das wird mit mehr Gewöhnung bestimmt besser werden.

Was hier drinnen auf jeden Fall in Erinnerung bleibt, sind die Besuche zu Silvester. Kommt also gerne wieder!

Bis hoffentlich bald in Freiheit! Gegen alle Knäste und die Gesellschaft, die sie braucht!

Liebe Grüße, Benni

► Weitere Infos und Unterstützungsmöglichkeiten findet ihr unter: freexantifas.org/free-benni/

Er freut sich über Briefe und Zeichen der Solidarität.

Die linke Gehirnhälfte ist für Lesen und Sprache zuständig. Zufall?

Entdecken Sie den Freitag, und erfahren Sie alles über Politik, Wirtschaft, Kultur aus einer unkonventionellen Sicht – unangepasst, mutig und meinungsstark.

Wir wollen nur die Welt verändern.



Jetzt 3 Ausgaben gratis testen: freitag.de/gehirn oder 040 / 23 670 4 670



Weil das Feuer der Solidarität auch die letzte Zelle erhellt ...

Tahir Köçer: Zur praktischen Bedeutung von Solidarität in finsternen Zeiten

| Rote Hilfe OG Nürnberg/Fürth/Erlangen

In Nürnberg ist es mittlerweile wie in vielen Städten keine Seltenheit mehr, dass sich Linke regelmäßig mit Straf- und Untersuchungshaft konfrontiert sehen. In neun Jahren saßen sechs Genoss*innen, die wir betreuten, über ein Jahrzehnt Haft ab. Es gab unzählige Kundgebungen, Demos und Veranstaltungen. Es wurden Spenden gesammelt, Pressemitteilungen, Artikel und zigtausende Briefe und Postkarten geschrieben.

Alles im Namen der Solidarität, alles um die Isolation der Gefangenen zu durchbrechen.

Doch wozu die Mühen, wenn doch bald nur jemand anderes einfahren wird?

Über den Wert des Kampfes am Beispiel des Genossen Tahir Köçer.

Tahir wurde am 22. Dezember 2022 in Nürnberg als vermeintlicher Kader der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) verhaftet. Er sei Nachfolger Mirza Bilens, der bereits am 7. Mai 2021 in Nürnberg verhaftet worden war. Beiden wurde vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts München nach § 129a und § 129b StGB der Prozess gemacht. Mirza wurde im November 2022 zu drei Jahren Haft verurteilt. Einen Monat nach dem Urteil wurde Tahir in Nürnberg verhaftet. Seitdem sitzt er in der Münchner JVA Stadelheim in Untersuchungshaft.

Am 8. Januar 2024 wurde nun endlich sein Prozess eröffnet, und Tahir sieht zweimal die Woche solidarische Prozessbeobachter*innen und Genoss*innen im Gerichtssaal. Anstelle der mittlerweile zu gut bekannten Gesichter im Gefängnis kann er jetzt Menschen sehen, die regelmäßig Briefe schreiben oder den Weg ins Gericht auf sich nehmen. Kleine Zeichen der Solidarität wie Applaus oder erhobene Fäuste, manchmal wird sich auch nur per Lächeln verständigt. All das unter den wachsamen Augen der Vertreter*innen des „Rechtsstaates“, dem das überhaupt nicht gefällt. Wenig verwunderlich, dass dem Einhalt geboten werden soll. Am 5. Prozesstag wird sein Anwalt vom Vorsitzenden Richter gerügt, dass er Tahir keine Süßigkeiten zustecken solle – ein Polizeibeamter hätte es in der Pause gesehen.

Im Laufe der Prozesstage wird dies nicht die letzte Schikane sein, die öffentlich wird. Tahir kann im Gefängnis keine kurdischsprachigen Fernsehsendungen empfangen, nur türkische Regierungssender. Zeitschriften werden mal zugestellt, mal zurückgehalten. Briefe von ihm brauchen teilweise sechs Wochen zur Empfangsadresse. Auf einer fünfständigen Verlegungsfahrt aus der JVA Nürnberg in die JVA Hannover gab es kein Trinken, kein Essen und keine Toilettenpausen, nur eine Plastiktüte. All das interessiert die Richter*innen nicht – erheblich ist nur, was das Verfahren – oder besser gesagt: die Verurteilung – vorantreibt.

Von den Prozessbeobachter*innen erwartet niemand einen Freispruch oder auch nur eine Einstellung. Genug gegenläufige Erfahrungen konnten hier schon gesammelt werden.

Und dennoch: Tahir lächelt immer wieder in den Zuschauer*innenraum. Seine Briefe beginnen mit: „Liebe Rote Hilfe“ und enden mit der Aufforderung: „Grüßt mir alle und jeden“. Nirgends klagt er oder verschwendet eine Zeile über seine Haftbedingungen und das Unrecht, das ihm geschieht. Er erkundigt sich über die Freund*innen draußen, schickt gute Wünsche und fordert auf, sich keine Sorgen um ihn zu machen. Die erlittenen Schikanen, von denen man im Prozess erfährt, scheinen weit weg und unwirklich. Sie konnten ihn nicht brechen, ihm keine Reue oder Distanzierung entlocken.

Wir fragen ihn, wie das Ganze durchzustehen sei. Seine Antwort: „Jedes Mal, wenn ich Post bekomme, erhalte ich viel Kraft, und es stärkt mich.“

Wozu also die Mühe, die Prozesse unserer gefangenen Genoss*innen zu besuchen oder ihnen zu schreiben? Deshalb. Damit sie im täglichen Kampf um ein würdiges Dasein und Menschlichkeit nicht den Mut verlieren. Um unsere gemeinsame Kraft, Freundschaft und Verbundenheit zu fühlen.

Welche Tat könnte revolutionärer sein?

§ 129b-Verfahren gegen kurdische Aktivist*innen in Deutschland Auslieferungsanträge an andere europäische Staaten nehmen zu

| Rechtshilfefonds Azadî e. V.

Im zurückliegenden Jahr 2023 – im dreißigsten Jahr des Betätigungsverbots gegen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) – kam es weiter zu massiven Repressionen gegen die kurdische Befreiungsbewegung in Form von Angriffen gegen die Versammlungsfreiheit, Verfahren wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz und auch zu Festnahmen, Anklagen und Verurteilungen gegen kurdische Aktivist*innen als Mitglieder bzw. Unterstützer einer terroristischen Vereinigung nach § 129b StGB (Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung). Als Rechtshilfefonds Azadî e. V. haben wir aktuell Kontakt zu elf kurdischen politischen Gefangenen, die sich in Straf- oder Untersuchungshaft befinden.

Dabei beschränkte sich die für die § 129b-Verfahren zuständige Bundesanwaltschaft bei der Strafverfolgung nicht auf Personen, die sich in Deutschland aufhalten. Die meisten der neuen Anklagen erfolgten gegen Personen, die zuvor auf der Grundlage des europäischen Haftbefehls nach Deutschland ausgeliefert worden waren. So wurden im Januar 2023 Sabri Çinem aus Frankreich und im März Mehmet Çakras aus Italien an die deutsche Justiz überstellt. Ebenfalls erfolgte im Juni die Auslieferung von Kenan Ayaz aus Zypern; ein Fall, auf den wir wegen des großen auch internationalen öffentlichen Interesses noch genauer eingehen wollen. Wie in den meisten Verfahren werden auch hier den Angeklagten keine individuellen Straftaten zur Last gelegt, sondern legale politische Aktivitäten etwa im Rahmen des Versammlungsrechts und zum Teil auch soziale Aktivitäten innerhalb der kurdischen Community. Strafbar werden diese Aktivitäten nach Auffassung der Staatsanwaltschaften dadurch, dass sie von den Angeklagten im Auftrag der PKK als vermeintliche Regions- oder Gebietsverantwortliche erfolgten.

Aktuell laufen fünf § 129b-Prozesse vor den Staatsschutzsenaten der Oberlandesgerichte (OLG) Koblenz, Celle und Hamburg gegen die oben genannten drei aus europäischen Ländern ausgelieferten Personen. Sie begannen im vergangenen Jahr ebenso wie das Verfahren gegen Ali Özel, das im April 2023 vor dem OLG Frankfurt/M. eröffnet wurde.

Am 9. Januar dieses Jahres begann der Prozess gegen Tahir Köçer vor dem OLG München. Er ist Mitglied des Kurdis-

tan-Nationalkongresses (KNK), der weltweit Persönlichkeiten der kurdischen Gesellschaft verbindet und als überparteiliches Sprachrohr für kurdische Interessen gilt. Bis Juni 2021 war er Ko-Vorsitzender der bundesweiten Konföderation kurdischer Organisationen KON-MED. Seine Festnahme erfolgte im Dezember 2022 in Nürnberg.

Im Jahr 2023 gab es auch Verurteilungen gegen kurdische Aktivist*innen zu teils sehr hohen Haftstrafen. Im Mai wurde Özgür Aydın vom OLG Koblenz zu fünf Jahren verurteilt. Vorgeworfen wurde ihm, dass er von Mai 2018 bis zu seiner Festnahme im April 2022 in Bremen als „hauptamtlicher Kader“ der PKK verschiedene Gebiete Deutschlands verantwortlich geleitet habe. Ebenfalls im Mai wurde Abdullah Öcalan vom OLG Frankfurt/M. zu einer Haftstrafe von vier Jahren und sechs Monaten verurteilt. Der Staatsschutzsenat sah es als erwiesen an, dass sich der 59-Jährige von 2019 bis zu seiner Festnahme im Mai 2021 für die PKK als Regions- bzw. Gebietsverantwortlicher in Hessen und im Saarland betätigt habe. Als Begründung für die ungewöhnlich hohe Haftstrafe nannte das Gericht Vorstrafen sowohl in Frankreich als auch in Deutschland. Des Weiteren wurden Merdan Kızılkaya im Februar 2023 zu zwei Jahren und neun Monaten, Mazlum Dora im April zu drei Jahren und drei Monaten und Ali Engizek im Mai zu drei Jahren Haft verurteilt.

Wie schon erwähnt findet seit November 2023 das Verfahren von Kenan Ayaz vor dem OLG Hamburg die größte mediale Aufmerksamkeit. Kenan Ayaz lebte seit 2013 im griechischen Teil Zyperns als anerkannter Flüchtling. Am 15. März 2023 wurde er aufgrund eines deutschen Auslieferungsgesuches auf dem Flughafen von Lärnaka festgenommen, als er zu einem Familienbesuch nach Schweden fliegen wollte. Am 16. Mai stimmte das zuständige zypriotische Berufungsgericht der Auslieferung von Kenan Ayaz zu, die dann am 4. Juni erfolgte. Seitdem sitzt er in der Justizvollzugsanstalt Hamburg-Holstenglacis in Untersuchungshaft unter verschärften Haftbedingungen.

Während des Auslieferungsverfahrens in Zypern gab es eine große Solidaritätswelle mit Kenan Ayaz, an der sich viele Parlamentarier*innen und zivilgesellschaftliche Organisationen beteiligten. Auch die (griechisch-)zypriotischen Me-

dien berichteten sehr kritisch über das Verfahren vor dem Hintergrund einer wenig türkeifreundlichen Bevölkerung aufgrund der jüngeren Geschichte der Insel. Der Prozess in Hamburg wird regelmäßig von politischen und zivilgesellschaftlichen Persönlichkeiten aus Zypern besucht. Ein Erfolg dieser Proteste war, dass das zypriotische Gericht der Auslieferung nach Deutschland nur unter den Bedingungen zustimmte, dass Kenan Ayaz keinesfalls an die Türkei ausgeliefert werden dürfe und nach einer Verurteilung in Deutschland die Verbüßung seiner Haftstrafe in Zypern erfolge. Den politischen Charakter des deutschen Auslieferungsantrags zeigt ein Kommentar des türkischen Präsidenten Recep T. Erdoğan während eines Kurzbesuches in Deutschland im November, in dessen Verlauf er den Prozess gegen Kenan Ayaz ausdrücklich begrüßte.

Auch nach der Haftentlassung hören staatliche Schikanen gegen die nach § 129b StGB verurteilten Personen nicht auf. Quasi automatisch wird ihnen der Asylstatus, falls vorhanden, aberkannt, und sie werden aus Deutschland ausgewiesen. Auch wenn dies aufgrund internationaler rechtlicher Bestimmungen in der Regel nicht umgesetzt werden kann, erleiden die Betroffenen erhebliche Nachteile. Mit der Ausweisung erlischt die Arbeitserlaubnis, und in der Regel wird ihre Freizügigkeit auf die jeweilige Stadt oder den Landkreis beschränkt, verbunden mit Meldeauflagen bei der örtlichen Polizei.

Als erfreulich lässt sich konstatieren, dass das Interesse an den § 129b-Prozessen und auch die Solidarität mit den Angeklagten zugenommen haben. Dies zeigt sich vor allem an einer kontinuierlichen Prozessbeobachtung und der daraus resultierenden Öffentlichkeitsarbeit. Auf europäischer Ebene ist Deutschland nach wie vor der Vorreiter bei der Repression gegen die kurdische Befreiungsbewegung. Ein juristischer, aber auch politischer Schwerpunkt sollte darin bestehen, zumindest von Deutschland beantragte Auslieferungen aus anderen europäischen Ländern zu erschweren, wenn sie sich nicht im Idealfall sogar verhindern lassen. Mittelfristig gilt es weiterhin dafür zu sorgen, dass das jetzt seit 30 Jahren bestehende PKK-Verbot in Deutschland aufgehoben und der § 129b StGB abgeschafft wird.



Kenan im Gerichtssaal am 11.01.2024 mit den Anwalt*innen Antonia von der Behrens sowie Efstathios C. Efstathiou; sein weiterer Verteidiger Stephan Kuhn ist nicht abgebildet.

AZADÎ

FREIHEIT

für Kurdinnen und Kurden in Deutschland

Solidarität • Öffentlichkeitsarbeit • Unterstützung

• Informationen:

AZADI e.V.
Hansaring 82, 50 670 Köln
Tel: 0221/16 79 39 45 • Fax: 0221/16 79 39 48
mail: azadi@t-online.de
web: www.nadir.org/azadi

• Spenden:

GLS-Bank Bochum
BIC GENODEM1GLS
IBAN DE80 4306 0967 8035 7826 00



„Auf Zypern gilt Kenan Ayaz als Freiheitskämpfer“ Interview mit Anwalt Efsthios C. Efsthios

I Solidaritätskomitee Free Kenan

Kannst du Kenan Ayaz und dich kurz vorstellen?

Kenan Ayaz ist seit 13 Jahren anerkannter politischer Flüchtling in Zypern und wurde im vergangenen Juni von den zyprischen Behörden wegen Terrorismusverdachts an Deutschland ausgeliefert, obwohl ihm keine Beteiligung an einer gewalttätigen oder kriminellen Handlung vorgeworfen wurde und obwohl die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) von der Republik Zypern nicht als terroristische Organisation betrachtet wird. Seine Auslieferung und sein Prozess sind Teil der Verfolgungswelle, die in europäischen Ländern auf Ersuchen der türkischen Regierung eingeleitet wurde, um die kurdische Bewegung zu unterdrücken. Diese Verfolgungen stützen sich auf die Tatsache, dass die EU, die NATO, die USA und einige europäische Staaten die PKK als terroristische Organisation einstufen.

Ich selbst bin Efsthios C. Efsthios, ein zyprischer Rechtsanwalt aus Nikosia, Anwalt im Verfahren zur Vollstreckung des Europäischen Haftbefehls vor den zyprischen Gerichten und Anwalt der Verteidigung von Kenan Ayaz vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht.

Wie seid ihr als Kenanwatch – eine Menschenrechtsbeobachtungsstelle für die Prozessbegleitung – auf den Fall Kenan aufmerksam geworden?

Der Großteil der Gesellschaft auf Zypern wurde durch intensive Mobilisierung auf den Fall aufmerksam. Angeführt wurde diese natürlich von den Kurd*innen auf Zypern und dem Kurdischen Kulturzentrum „Theóphilos“. Theóphilos Georgiádis ist eine große Figur in der zyprischen Geschichte, und sein Name ist mit dem gemeinsamen zyprisch-kurdischen Kampf gegen den türkischen Imperialismus verbunden. Es gab also keinen Menschen auf Zypern, der noch bei Sinnen ist, der nicht in das Verfahren involviert war oder dieses verfolgt hat.

Warum setzt ihr euch für ihn ein?

Wer sich für Menschen wie Kenan einsetzt, setzt sich für die Errungenschaften der modernen Welt ein wie die Demokratische Konföderation im Nordosten Syriens, bekannt als Rojava. Diese ist ein System der sozialen Organisation und Philosophie, das auf die globale Krise antwortet. Es basiert auf der autonomen Organisation und Freiheit der Frauen auf wirtschaftlich-politisch-militärischer Ebene, auf wirtschaftlichem Kooperativismus, der direkten Demokratie sowie der friedlichen Koexistenz aller verschiedenen Religionen und Ethnien im Kriegskessel des Nahen Ostens. Für diese moderne Revolution, deren Aufklärung sich in der ganzen Welt ausbreitet und insbesondere den Faschismus des türkischen NATO-Staates bedroht, mussten und müssen widerständige Kurd*innen wie Kenan zahlen.

Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um seine Auslieferung zu verhindern?

Wir haben von Anfang an hervorgehoben, dass Kenans Fall ein offensichtlicher Versuch der deutschen Behörden ist, Handlungen, die im Zusammenhang mit der Ausübung grundlegender Menschenrechte stehen wie dem Recht auf Versammlungs-, Meinungs- und Redefreiheit, einen terroristischen Charakter zu verleihen. Es war auch offensichtlich, dass eine gerichtliche Überprüfung, ob das Verhalten einer Person oder der Exekutive in Deutschland gegen grundlegende Rechtsbegriffe verstößt, völlig fehlte. Im Wesentlichen ist Kenan allein deshalb Gegenstand des Haftbefehls, weil er kurdischer Herkunft ist und seine Rechte als freier Mensch auslebte, während er in Zypern internationalen Schutz genoss. Die willkürliche Konstruktion, dass Kenan ein Terrorist sei, weil er Kurde ist, hätte von den Gerichten Zyperns nicht zugelassen werden dürfen.

Darüber hinaus ist klar, dass das Verfahren nicht nur wegen formaler Mängel des Haftbefehls fehlerhaft war, sondern auch wegen der Verletzung grundlegender Menschenrechte des Angeklagten durch die zyprischen Behörden.

*Welches politische Spektrum hat sich für Kenan eingesetzt, und warum stehen viele Menschen auf Zypern im Gegensatz zu vielen in Deutschland auf der Seite der verfolgten Kurd*innen?*

Die Verfolgung der Kurd*innen konnte die Zypriot*innen, die seit 50 Jahren versuchen, sich von der türkischen Besatzung zu befreien, nicht unberührt lassen. Die Entscheidung der Auslieferung Kenans war daher eine große Enttäuschung und hat eine Wunde hinterlassen, die unabhängig von der Entscheidung des deutschen Gerichts bleiben wird.

Das Spektrum wurde natürlich von den Kurd*innen Zyperns angeführt. Die Bombe platzte, als der Bezirksrichter am 19. April 2023 dem Antrag auf Kenans Auslieferung an Deutschland zustimmte. Zu diesem Zeitpunkt meldeten sich neben den Ökolog*innen, den Linken und den Sozialist*innen auch andere gesellschaftliche Gruppen zu Wort. Der Justizminister, der Präsident der Republik und andere Verantwortliche wurden gezwungen, weitere Antworten zu geben. Sie taten es nicht. Sie versteckten sich hinter Legalismus und einem angeblichen Bekenntnis zum Europäischen Haftbefehl, wohl wissend, dass es sich dabei um willkürliche Lügen handelte. Aber die neue Regierung gab weiter Zusicherungen, in der

Hoffnung, dass der deutsche Bundeskanzler dazu beitragen würde, die Gespräche über das Zypernproblem wieder in Gang zu bringen. Gleichzeitig versuchte sie, ihre Anhänger*innen zu täuschen und versprach, dass sie den Fall Kenan Ayaz weiterverfolgen werde. Die Demonstrationen gingen weiter, sowohl vor dem Obersten Gerichtshof von Nikosia als auch vor dem Zentralgefängnis, in dem Kenan inhaftiert war.

Der Oberste Gerichtshof Zyperns hat die Vollstreckung des Europäischen Haftbefehls davon abhängig gemacht, dass Kenan Ayaz nicht an die Türkei ausgeliefert wird. Sollte er verurteilt werden, soll er seine Strafe auch in Zypern absitzen dürfen. Sicher können wir nicht sein, dass die deutsche Justiz diese Bedingungen erfüllen wird. Könnte eine Verurteilung als „Terrorist“ bedeuten, dass ihm der Asylstatus entzogen wird?

Die Richter des Obersten Gerichtshofs von Zypern lehnten zwar die Berufung der Verteidigung ab, aber sie genehmigten die bedingte Auslieferung, da das deutsche Justizministerium Zypern Garantien für die Auslieferung gegeben hatte. Nämlich erstens keine gleichzeitige Auslieferung, Abschiebung oder Übergabe von Kenan Ayaz an die Türkei und zweitens die Rückkehr von Kenan in die Republik Zypern. Dazu ist die Bundesrepublik Deutschland durch die Europäische Menschenrechtskonvention verpflichtet, da der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Zusage und Einhaltung solcher Garantien zwischen den EU-Mitgliedstaaten als Kernstück der Verfassung und der Funktionsweise der EU betrachtet.

Du trittst selbst als Anwalt im Prozess in Deutschland auf. Wie ist das möglich? Was ist das Ziel von Kenanwatch, und wie arbeitet ihr?

In der Tat bin ich als europäischer Anwalt zusammen mit hervorragenden deutschen Kolleg*innen Mitglied des Verteidigungsteams im deutschen Gerichtsprozess. Die EU-Gesetzgebung erlaubt es Anwalt*innen, die sich in einem EU-Land qualifiziert haben, dauerhaft oder vorübergehend in einem anderen Mitgliedstaat unter ihrer ursprünglichen Berufsbezeichnung zu praktizieren. Da der Fall Kenan mit seiner Auslieferung nicht abgeschlossen ist und die Menschenrechte eines politisch verfolgten Menschen Vorrang haben, wurde Kenanwatch gegründet. Wir wollen das ungerechte Verfahren gegen ihn auf der Grundlage politischer Verfolgung, die letztlich auf die Verurteilung eines ganzen Volkes, des kurdischen Volkes und der Menschheit abzielt, unter die Lupe nehmen.

Kenanwatch ist aus der Partner*innenschaft von Kurd*innen, Zypriot*innen und deutscher Solidarität entstanden mit dem Ziel, alle Informationen über das Gerichtsverfahren zu verbreiten und nicht zuzulassen, dass die zyprische oder die deutsche Regierung eine Vertuschung durchsetzen können.

Wie ist der Prozess aus Sicht von Kenanwatch bisher verlaufen?

Vom ersten Moment an hatten wir Bedenken, dass die Anklage und das Verfahren gegen Kenan Ayaz türkischen Forderungen dienen. Verstärkt wird dies durch Äußerungen des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan, der bei seinem Besuch in Deutschland im November 2023 die deutsche Justiz für die Festnahme, Inhaftierung und strafrechtliche Verfolgung Kenans lobte und ihn erneut als „Terroristen“ bezeichnete.

Derzeit gibt es elf kurdische politische Gefangene in Deutschland. Was ist das Besondere an Kenans Fall?

Wir stehen an der Seite und in Solidarität mit allen elf Gefangenen, die alle aufgrund ihrer politischen Überzeugung verfolgt werden. Die Besonderheit des Falles Kenan liegt darin, dass Kenan auf Zypern als politischer Flüchtling anerkannt wurde. Er ist ein Mann mit Weitblick, der die Schrecken der Türkei erlebt hat, wo er bereits mit 17 Jahren Opfer von Folter wurde. Er fand Zuflucht in Zypern, aber es scheint, als sei er ein Opfer der inakzeptablen Geschäfte zwischen den Händler*innen der Nationen.

In all den Monaten, in denen ich die Gelegenheit und Ehre hatte, ihn zu treffen und seine Ideen, Anliegen und Überzeugungen zu erfahren, konnte ich die Größe seiner Seele, seine bedingungslose Liebe zu Zypern und seinem Volk bewundern. Er hat nie jemanden verleumdet, auch nicht als die Beam*innen und Behörden der Republik Zypern seinem Kampf nicht nur kein Gehör schenkten, sondern seine Worte verdrehten und ihm unannehmbar und unverschämte Dinge unterstellten.

Kenan bleibt für uns ein Paradigma. Und Kenan erinnert uns daran, dass es, wie Clémenceau sagte, keine verlorenen Fälle gibt, sondern nur solche, die man selbst aufgegeben hat.

► Weitere Informationen: www.kenanwatch.org

Kenan Ayaz ist bei den Behörden als Kenan Ayas registriert. Wer ihm schreiben möchte, muss diesen Namen verwenden, weil die Briefe sonst nicht ankommen.

Da die Solidaritätsarbeit mit einem hohen Aufwand an Kosten verbunden sein wird, bittet das Solikomitee um Spenden an:
Rote Hilfe e. V. OG Hamburg
IBAN DE06 2001 0020 0084 610203
Stichwort: Free Kenan

Solidarität

über das Leben hinaus

Die Rote Hilfe e.V. unterstützt alle, die für eine bessere und gerechtere Welt kämpfen.

Mit einer Berücksichtigung der Roten Hilfe e.V. in Deinem Testament kannst Du Solidarität mit denen leisten, die diese Ideale und Kämpfe weiterführen. Bitte melde Dich bei uns, wenn Du an diesem Thema interessiert bist und den Bestand der Roten Hilfe e.V. mit einem Vermächtnis unterstützen willst.

nachlass@rote-hilfe.de
Rote Hilfe e.V. – Postfach 3255
37022 Göttingen
Tel.: +49 (0)551 – 7 70 80 08

Everybodys Darling

jungle.world

UZ unsere zeit

„Dass Du Dich wehren musst, wenn Du nicht untergehen willst, wirst Du doch einsehen!“

Bertolt Brecht

Jetzt 6 Wochen kostenlos probelesen!
Digital & Print

abo.unsere-zeit.de | uzshop.de



Musik als Terrorismus Mazlum Dora ist seit 2021 in Stammheim in Haft

| Rote Hilfe OG Heilbronn

Der kurdische Musiker, Komponist und Aktivist Mazlum Dora sitzt seit dem 12. Mai 2021 in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Stuttgart-Stammheim. Ihm geht es wie vielen Menschen, die einst aus ihrer Heimat geflohen sind, um Schutz vor Krieg und Verfolgung zu finden und nun durch das PKK-Verbot von 1993 verfolgt werden.

Das Problem eines willkürlichen Verfahrens nach § 129b StGB („terroristische Vereinigung im Ausland“) schwebt über den Köpfen von kurdischen Aktivist*innen. So wurde auch Mazlum Dora unter anderem aufgrund seiner kulturellen und künstlerischen Tätigkeiten festgenommen und ins Gefängnis nach Stammheim gebracht. Als Künstler setzte er sich für die politische Anerkennung der kurdischen Community in Deutschland ein, indem er Demonstrationen mit Trommelklang begleitete und kurdische Lieder komponierte, beispielsweise das Lied „Cenga Rojava“. Zudem engagierte sich der in Esslingen festgenommene Mazlum Dora ehrenamtlich im kurdischen Gesellschaftszentrum Heilbronn und betreute hier Kulturprojekte.

Die Festnahmen mehrerer kurdischer Aktivisten erfolgten kurz nach einem Deutschland-Besuch des damaligen türkischen Außenministers Mevlüt Çavuşoğlu am 6. Mai 2021 bei seinem Amtskollegen Heiko Maas in Berlin: ein Beispiel für den Vorrang von deutsch-türkischen Beziehungsinteressen auf Kosten von Menschenrechten.



Mazlum Dora am 5. August 2022 vor dem OLG Stuttgart, Foto: *anf*

Mazlum leidet an einer Beschädigung des Rückenmarks der Halswirbelsäule. Aufgrund dessen hat er zahlreiche Operationen hinter sich, und ihm wurden Platten im Halswirbelbereich eingesetzt. In letzter Zeit verschlechterte sich sein Gesundheitszustand. Am Tag seiner Festnahme war er in Esslingen, um sich ärztlich untersuchen zu lassen.

Mazlum wurde am 25. April 2023 trotz mangelhafter Beweislage zu drei Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. Seine Aktivitäten wurden nach § 129b StGB als organisatorische Tätigkeiten für die PKK ausgelegt.

In seinem Verfahren wurden auch Mazlums Musikwerke als Grundlage genommen, um ihn als Terroristen zu diffamieren. Als Beispiel dient die Heranziehung seines Liedes „Cenga Rojava“ („Der Kampf in Rojava“). Darin bringt er zum Ausdruck, was Rojava (Nordostsyrien) bedeutet und welche Bedeutung und Inspiration die Selbstverwaltung für die Kurd*innen, aber auch für alle unterdrückten Völker dieser Welt hat. Rojava strebt das Konzept des Demokratischen Konföderalismus an, dessen Grundprinzipien auf Frauenbefreiung, Basisdemokratie und Ökologie beruhen. Genau das bringt Mazlum in seinem Lied „Cenga Rojava“ zum Ausdruck. Und genau dafür wurde er auch unter anderem verurteilt.

Seit seiner Gefangennahme wird Mazlum von anderen Gefangenen isoliert. Er befindet sich in einer Einzelzelle, und jegliche Aktivitäten oder Interaktivität sind ihm untersagt. Bei den Verhandlungen wurde er immer mit Fuß- und Handschellen zum benachbarten Gerichtsgebäude gebracht. Das soll ein Bild in der Öffentlichkeit erzeugen: „Diese Person ist schwerst kriminell, von ihr geht eine Gefahr aus“.

Um aus dieser Unterdrückung herauszukommen, um endlich wahrgenommen zu werden, wollte Mazlum für seine Forderungen sterben und hat sich selbst angezündet. Dafür hat er am 20. September 2023 nochmals zwei Jahre und drei Monate Haftstrafe bekommen wegen besonders schwerer Brandstiftung.

Aus Protest gegen diese Ungerechtigkeit trat Mazlum Dora am 21. September 2023 in einen unbefristeten Hungerstreik. Er protestierte gegen die Anwendung von Paragraph 129b, die Repression gegen kurdische Institutionen und die schlechte Behandlung kurdischer politischer Gefangener. Er forderte mit seiner Aktion die Aufhebung von mittelalterlichen Unterdrückungsmaßnahmen wie Fußfesseln, die angeblich aufgrund von Sicherheitsbedenken bei Transporten zum Gericht und zu anderen Institutionen angelegt werden, und unterstützte die Forderungen von dutzenden politischen Gefangenen, die wie er aufgrund ihrer Gedanken inhaftiert sind. Am 9. November 2023 beendete er seinen Hungerstreik auf den Appell des kurdischen Europadachverbands KCDK-E hin. Er bedankte sich bei allen Unterstützer*innen für die gezeigte Solidarität.

Jedoch ist die Unterdrückung damit nicht beendet – und genauso wenig der Kampf dagegen. Mazlum wird sich weiterhin für die freie Ausübung von kurdischer Sprache, Kultur und Kunst, für seine Rechte und die aller politischen Gefangenen einsetzen.

Fehlende Akten, ein erpresster V-Mann und verweigerte Krebsbehandlung Untersuchungshaft und Prozess gegen drei türkische Linke

| Henning v. Stoltzenberg, Bundesvorstand Rote Hilfe e. V.

Seit dem 14. Juni 2023 stehen die drei linken Aktivist*innen Özgül Emre, Serkan Küpeli und İhsan Cibelik in Düsseldorf vor Gericht. Der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichtes (OLG) wirft ihnen vor, das so genannte Deutschland-Komitee der in der BRD verbotenen Revolutionären Volksbefreiungspartei-Front (DH-KP-C) gebildet zu haben. Alle drei sind der Mitgliedschaft in einer „ausländischen terroristischen Vereinigung“ nach § 129b StGB angeklagt und haben mehrjährige Haftstrafen zu erwarten.

Die Journalistin, der Student und der Musiker der bekannten linken Band Grup Yorum waren Mitte Mai 2022 in ihren Wohnorten festgenommen worden und befinden sich seitdem in Untersuchungshaft. Bereits zu Beginn des Gerichtsverfahrens beantragten die Anwalt*innen, das Verfahren einzustellen und die Angeklagten freizulassen, da es sich beim türkischen Regime, welches Angriffskriege führe und systematische Menschenrechtsverletzungen begehe, nicht um ein Schutzobjekt nach BRD-Gesetzeslage handele, was von Seiten des Senats erwartungsgemäß abgelehnt wurde.

Seit Prozessbeginn verweigern der Staatsschutzsenat und der Generalbundesanwalt die Akteneinsicht in die Verfahrensakte, die bezüglich des V-Manns des Inlandsgeheimdienstes „Bundesamt für Verfassungsschutz“ Murat Aşık existieren. Die Anklage gegen die drei Aktivist*innen fußt in weiten Teilen auf dessen Aussagen. Die Verteidigung war jedoch erst mit der Anklage darüber informiert worden, dass Murat Aşık für den Verfassungsschutz (VS) tätig gewesen ist. Aşık distanzierte sich in einer Video-Botschaft von seiner V-Mann-Tätigkeit und erklärte, vom VS mit seinem Aufenthaltsstatus erpresst worden zu sein.

Mit der Anklageschrift waren lediglich Teile dieser Akte in das Verfahren eingeführt worden, mit einem Schreiben vom 10. Mai 2023 folgten weitere Bruchstücke. Aus diesen ergibt sich laut Verteidigung, dass der Inhalt dieser Nachgänge, bis auf ein Vernehmungsprotokoll vom März 2023, dem Generalbundesanwalt seit mehreren Jahren bekannt und von

ihm zurückgehalten worden war. Spätestens mit der Erhebung der Anklage hätte der Generalbundesanwalt die sachbezogenen Informationen zu den Ermittlungsakten bringen und dem Gericht vorlegen müssen. Da nicht ausgeschlossen werden könne, dass möglicherweise weitere sachbezogene Informationen zurückgehalten würden, müsse die komplette Ermittlungsakte im Verfahren gegen Murat

noch möglich sei, eine vollständige Genesung zu erreichen. Je länger die Behandlung hinausgezögert werde, desto größer werde die Gefahr, dass der Krebs sich ausbreite und streue, was zum Tod von Cibelik führen könnte. Diese Einschätzung wurde sowohl während der Prozesstermine als auch in zahlreichen Erklärungen mit medizinischen Fakten und Gutachten untermauert.

Dennoch lehnten Staatsschutzsenat und Generalbundesanwalt die Entlassung ab. In seiner Begründung bezweifelt die Bundesanwaltschaft die Notwendigkeit einer sofortigen Behandlung. Des Weiteren sehe sie die Gefahr einer Flucht des schwerkranken Musikers. Die Justizvollzugsanstalt (JVA) könne „mittelfristig“ einen Operationstermin in einer von der JVA bestimmten Klinik organisieren. Dieses „Zugeständnis“ kam erst nach großem Druck der Verteidigung und der Öffentlichkeit zustande.

Am 18. März 2023 trat Eda Haydaroğlu in einen unbefristeten Hungerstreik, um gegen den Gesinnungsparagraphen 129b zu protestieren und einen OP-Termin für İhsan Cibelik zu fordern. Wenig später schlossen sich ihr İlgin Güler, Sevil Sevimli und Lena İleni Açıkgöz an, die von da an ebenfalls lediglich Vitamine und Flüssigkeit zu sich nahmen. Seit dem 19. Dezember war auch İhsan Cibelik zeitweilig in den unbefristeten Hungerstreik getreten, um seiner Forderung nach einer Krebsbehandlung außerhalb des Gefängnisses Ausdruck zu verleihen. Nachdem İhsan



Die Hungerstreikenden von links nach rechts: Sevil Sevimli, Eda Deniz Haydaroğlu und İlgin Güler. Lena İleni Açıkgöz fehlt auf dem Bild. Das Bild wurde beim Prozessauftritt am 14. Juni 2023 im Besucher*innenraum des OLG aufgenommen. Foto: *Henning von Stoltzenberg*

Aşık beigezogen und Akteneinsicht gewährt werden, fordert das sechsköpfige Verteidiger*innenteam.

Bereits bei seiner Festnahme hatte İhsan Cibelik gegenüber den Verfolgungsbehörden erklärt, dass eine Biopsie vorgenommen werden müsse, da bei ihm der Verdacht auf eine Krebserkrankung bestehe. Erst über 15 Monate später wurde diese Untersuchung in der Uni-Klinik Köln vorgenommen und Prostata-Krebs diagnostiziert. Die daraufhin von der Verteidigung geforderte Entlassung zur medizinischen Behandlung wurde ihm weiter verwehrt. Diese begründet die Notwendigkeit einer sofortigen medizinischen Behandlung damit, dass es jetzt

Cibelik ein OP-Termin im Februar zugesagt wurde, beendeten alle bis auf Lena İleni Açıkgöz ihre Hungerstreiks.

Die Angeklagten wünschen sich eine möglichst breitgefächerte Prozessbeobachtung und melden sich regelmäßig zu Wort. Das Solikomitee gegen 129b veröffentlicht Prozesstermine und ruft zu Protestaktionen auf. Dazu zählen Mahnwachen vor der JVA Köln-Ossendorf und dem OLG Düsseldorf, um sichtbare Zeichen der Solidarität mit den Angeklagten zu setzen.

► Weitere Informationen:
<https://dhkpcverfahren2023129b.wordpress.com>

Linkssein ist kompliziert. Wir behalten den Überblick.



Mit unserem Digital-Aktionsabo kannst Du alle Ausgaben digital in der App oder als E-Paper für wenig Geld, zuhause oder unterwegs lesen. Jetzt Abomodell auswählen: nd-aktuell.de/linkssein-abo



nd
JOURNALISMUS
VON LINKS



Repressionswelle nach dem Tag der Ehre

Wie deutsche Ermittlungsbehörden das ungarische Unrechtssystem für sich nutzen

| Soligruppe der Budapest 2 und Genoss*innen

Seit Februar 2023 sitzen die Genoss*innen Tobi und Ilaria in Budapester Untersuchungshaft. Eine weitere in Ungarn verhaftete Person konnte unter kontinuierlichen Aufträgen eine Haftverschonung erwirken. Sie werden der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung beschuldigt, welche im Rahmen des so genannten Tags der Ehre, eines zentralen Get-Togethers der europäischen Naziszene in Budapest, Angriffe auf Nazis verübt haben soll.

Die ungarischen Behörden weiteten ihre Zahl an verdächtigten Personen in diesem Zusammenhang schnell aus. Aktuell halten die ungarischen Behörden Haftbefehle für mindestens vierzehn Personen offen. Ihnen droht das, was Ilaria und Tobi gerade erleben müssen: Ein politischer Schauprozess in einem Staat, der jahrelang an der Aushöhlung einer unabhängigen Justiz gearbeitet hat. Haftbedingungen, die durch den europäischen Gerichtshof abgemahnt wurden und von Menschenrechtsorganisationen als katastrophal beschrieben werden. Vor allem die Untersuchungshaft ist in Ungarn ein politisches Mittel, um Verfolgte gezielt zu zermürben und so Druck für beschleunigte Gerichtsverfahren mit eingeschränkten Rechten aufzubauen.

Prozessaufakt am 29. Januar

Am 29. Januar 2024 hat der Prozess gegen die drei angeklagten Antifaschist*innen aus Deutschland und Italien begonnen. Im Vorhinein wurden allen Deals durch die ungarische Justiz angeboten. Mit diesem abkürzenden Vorverfahren würden die Beklagten auf ihr Recht auf eine effektive Verteidigung verzichten, und es würde sich umgehend eine Haftstrafe im Zuchthaus anschließen. Das Gros der ungarischen Gerichtsprozesse wird über solche Deals abgekürzt. Das liegt auch darin begründet, dass Angeklagte bei Nicht-Akzeptanz mit weit höheren Strafen und unmittelbaren Konsequenzen in der Haft rechnen müssen – wie immer wieder berichtet wurde.

Tobi hat diesem Deal am 29. Januar in Teilen zugestimmt. Er widersprach dem Strafmaß, aber räumte den betreffenden Anklagepunkt, Mitglied einer kriminellen Vereinigung zu sein, ein. Er betonte, das gelte nur für ihn. Tobi hat keine weiteren Aussagen vor Gericht getätigt und sich nicht entschuldigt. Das Gericht sprach daraufhin ein Urteil von drei Jahren aus. Dieses wird aktuell durch die Staatsanwaltschaft angefochten. Auch Tobis Anwalt ist in Revision gegangen, um das Strafmaß weiter zu senken.

Die Annahme des Deals wird verständlicherweise sehr kritisch in solidarischen Strukturen diskutiert. Auch wir als Soligruppe hatten eine Kontroverse darüber, denn es kratzt am breit geteilten Grundsatz, vor Gericht keine Geständnisse abzulegen. Letztlich müssen wir uns aber in Erinnerung rufen: Der Konsens ist vor dem Erfahrungshorizont des bundesdeutschen Rechtssystems und seiner Repressionsbehörden entstanden. Die Lage vor ungarischen Gerichten und in dortigen Knästen ist eine andere. Dies bezieht sich einerseits auf Prozesse und Haftsituationen, die die Menschenverachtung deutscher Repressionsap-

parate weit übertreffen. Es ist uns jedoch wichtig, hier festzuhalten, dass die Dealannahme im Gegensatz zu einem strafmildernden Geständnis weder eine Aussage noch ein Zeugnis der Reue erfordert.

Wir teilen mit Tobi die Hoffnung, dass mit Überstehen des Systems U-Haft eine politische Handlungsfähigkeit zurücklernt werden kann. Wir teilen die Sorge, dass die Annahme in zukünftigen Prozessen von der Staatsanwaltschaft herangezogen werden könnte. Eine ausführliche Stellungnahme von uns wird folgen.

Da Ilaria und eine weitere Angeklagte dem Deal nicht zugestimmt haben, sitzen sie nun nur noch zu zweit auf der Anklagebank. Gerichtsprozesse können sich in Ungarn jahrelang hinziehen, da sie durch monatelange Verhandlungspausen unterbrochen werden. Auch damit sollen Angeklagte demoralisiert werden. Der zweite Gerichtstermin ist für den 24. Mai, rund vier Monate nach Prozessstart, angesetzt.

Für alle drei werden die nächsten Monate und Jah-

darlegen noch das überhöhte Strafmaß rechtfertigen. Wir können nur hoffen, dass die Ablehnung aufrechterhalten wird.

Währenddessen wurde Maja am 11. Dezember in Deutschland festgenommen und sitzt seitdem in U-Haft. Auch gegen Maja liegt ein Auslieferungsgesuch Ungarns vor, über das das Kammergericht Berlin entscheiden wird.

Zu diesem Anlass hat sich die Kampagne #NOEX-TRADITION gegründet und das Ziel gesetzt, über das ungarische Justiz- und Haftsystem aufzuklären und sich gegen die Auslieferung der Antifaschist*innen nach Ungarn sowie für die Rückführung von Tobi und Ilaria einzusetzen.

Breiter Protest in Italien

Darüber hinaus haben wir bisher zu wenig öffentliche Aufmerksamkeit für die Repressionsfälle rund um den „Tag der Ehre“ in Deutschland geschaffen, wie uns die Vorgänge um Ilaria in Italien zeigen. Denn

Eintritt in den Gerichtssaal zeigen, treffend als „Bilder der Schande“.

Die Repression wird zum Politikum: Italiens Justizminister versprach, sich für die Verbesserung von Ilarias Haftbedingungen einzusetzen, und es wurde der ungarische Botschafter in Rom vorgeladen. Just sah sich sogar Ministerpräsidentin Giorgia Meloni veranlasst, das direkte Gespräch mit dem ungarischen Regierungschef Viktor Orbán zu suchen. Italienische Regierungspolitiker*innen haben trotz rechter Gesinnung anerkannt, dass die Haftbedingungen sowie das für Ilaria anberaumte zweistellige Strafmaß jenseits rechtsstaatlicher Normen liegen.

Ungehemmte Repression durch deutsche Behörden

Auch die deutschen Behörden sind sich im Klaren darüber, in welcher Situation sich die Antifaschist*innen in ungarischer Haft befinden. Statt jedoch dagegen auf politischer und juristischer Ebene vorzugehen, nutzen deutsche Repressionsorgane die menschenunwürdigen Verhältnisse in Ungarn ungehemmt, um ihren eigenen Feldzug gegen Antifaschist*innen weiterzuführen.

Am 16. Januar 2024, rund zwei Wochen vor Prozessstart, haben zwei Beamte des Landeskriminalamts (LKA) Thüringen Tobi in der U-Haft aufgesucht. Mit klarer Bezugnahme auf die unwürdigen Haftbedingungen und den anstehenden Prozess versuchten sie, Tobi zu einer Aussage gegen deutsche Antifaschist*innen zu überreden. Dann würde sich das LKA um Rückführung nach Deutschland inklusive Zeugenschutz statt Haft in Ungarn bemühen. Dieses Angebot wurde ohne Dank abgelehnt.

Die Haft in Ungarn wird jedoch nicht nur gegen die inhaftierten Genoss*innen als Druckpunkt eingesetzt. Auch der sog. Verfassungsschutz (VS) sieht hier eine Chance auf Aufklärungserfolge gegen die antifaschistische Bewegung, indem er mit der Auslieferungsdrohung arbeitet.

Denn seit Dezember 2023 haben VS-Beamt*innen das familiäre Umfeld gesuchter Genoss*innen flächendeckend und teils mehrmals angesprochen. Der Geheimdienst bot sich als Vermittler an. Über Anwalt*innen konnte in Erfahrung gebracht werden, was konkret gemeint ist: Für eine Zusammenarbeit bot der VS an, mit der Generalstaatsanwaltschaft Dresden eine Nichtauslieferung und ein Verfahren in Deutschland auszuhandeln.

Selbstredend stand für die Gesuchten und Angehörigen zu keinem Zeitpunkt zur Debatte, mit den deutschen Repressionsbehörden zu kooperieren. Die Vorgänge zeigen eher, wie bereitwillig deutsche Polizeibehörden und Geheimdienste ihren rechtsstaatlichen Selbstanspruch unter den Tisch fallen lassen und wie in diesem Fall die politisch gesteuerte ungarische Justiz sowie die unmenschlichen Haftumstände schamlos zum Vorteil für ihre eigenen Repressionskampagnen nutzen.

► Weitere Informationen: <https://budapest-solidarity.net>



Weder Gefängnis noch Auslieferung – Von Mailand bis Budapest Demo in Mailand am 13. Januar 2024

re eine harte und schwierige Zeit. Wir als Soligruppe stehen weiterhin hinter allen Angeklagten – ob Deal oder nicht.

Kampagne gegen Auslieferung

Doch der aktuelle Prozess ist nur die erste Welle der Repression. Akut droht die Auslieferung von zwei Antifaschist*innen nach Ungarn. Gabriele wurde am 21. November 2023 in Italien festgenommen und sitzt derzeit im Hausarrest. Das ungarische Auslieferungsgesuch wurde Ende Januar vom Mailänder Staatsanwalt abgelehnt. Ungarn konnte im Auslieferungsgesuch weder die geforderten Haftbedingungen

während es in der deutschen Öffentlichkeit wenig kritische Berichterstattung gibt, sind Ilarias Fall und die Haftbedingungen der Genossin in Italien in aller Munde. Insbesondere ihr Vater und die Mailänder Soligruppe haben sich immer wieder an Medien gewandt und Politiker*innen in die Pflicht genommen. Ihr Vater bezeichnete die Behandlung seiner Tochter als Folter. Selbst sozialdemokratische Abgeordnete haben sich für Ilaria eingesetzt. Zentral dafür war ein langer Brief von Ilaria, in dem sie ausführlich die Haftbedingungen beschrieb. Die italienische Zeitung La Stampa betitelte die Bilder, die Ilaria an Händen und Füßen gefesselt und an einer Leine geführt beim

DIE ROTE HILFE

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

Schwerpunkt 1/2024: Antifa-Prozesse

info@rote-hilfe.de ★ rote-hilfe.de



T-Shirts, Kugelschreiber, Turnbeutel, Postkarten... Erhältlich beim Literaturvertrieb der Roten Hilfe e.V.

literaturvertrieb@rote-hilfe.de
rote-hilfe.de



Nach Hause, um die Schlüssel zu holen Neue Vorzeichen im Kampf um die Freilassung der baskischen Gefangenen

Jan Tillmanns

Unter dem Motto „Schlüssel zur Lösung“ nahmen Anfang Januar dieses Jahres wieder zehntausende Menschen an der traditionellen Massendemonstration zur Unterstützung der baskischen politischen Gefangenen teil. Die neue Losung soll somit auch den Beginn einer neuen Etappe zur endgültigen Überwindung der Gefangenenfrage signalisieren. „Wir glauben, dass am 13. Januar die Straßen von Bilbao voll sein sollten, um zu demonstrieren, dass die Aufrechterhaltung der strafrechtlichen Ausnahmeregelung keinerlei Sinn macht, und um weiterhin zu fordern, dass unsere Angehörigen aus dem Gefängnis entlassen werden“, so die Aussage der zur Mobilisierung aufrufenden Organisationen.

Zugleich markierte die Mobilisierung Anfang Januar auch das Ende einer Etappe. Deren Ziel bestand in der Überwindung der so genannten dispersion, also der Zerstreung der Gefangenen in weit von ihrem Zuhause entfernten spanischen und französischen Knästen.

Schaut mensch sich die aktuellen Zahlen der Organisation „etxerat“ an, scheint dies auch weitgehend gelungen zu sein.

Von dem aus 142 Gefangenen bestehenden Kollektiv der baskischen politischen Gefangenen (EPPK) sitzen mittlerweile 134 ihre Haftstrafe in Knästen in Euskal Herria, also dem Baskenland, ab. Weitere acht „presxs“ (Gefangene) sitzen noch immer in französischen Knästen, die teilweise sehr weit vom Baskenland entfernt sind. Somit ist für die Mehrzahl der Gefangenen und deren Angehörige die beschwerliche und vor allem gefährliche An- und Abreise weggefallen. Auch in den Haftbedingungen konnten weitere Verbesserungen wie beispielsweise die Herabstufung der Haftgrade erreicht werden. Dies bedeutet für die Betroffenen bessere Möglichkeiten des Zugangs zu gesundheitlicher Versorgung, Bildungsangeboten oder Freigang.

Trotz der Fortschritte leiden viele Gefangene unter den Folgen von Inhaftierung und Folter. Zehn „presxs“ sind nach Angaben von etxerat schwer erkrankt. Noch immer pendeln 65 Kinder regelmäßig zu ihren Eltern in die Knäste. Siebzehn von Verfolgung durch die spanischen und französischen Behörden Betroffene befinden sich noch immer auf der Flucht. Vier Aktivist*innen befinden sich teilweise seit Jahrzehnten im Exil, wie die zwei Genoss*innen, die vor nunmehr über drei Jahrzehnten auf Kap Verde deportiert wurden.

An diesem Punkt soll nun die neue Etappe zur Überwindung der spanischen Sondergesetzgebung ansetzen, um weitere Gefangene endgültig aus dem Knast zu holen bzw. eine Rückkehr ohne strafrechtliche Verfolgung zu ermöglichen.

Für die Errungenschaften in der Gefangenenfrage musste die baskische Linkspartei Euskal Herria Bildu (EH Bildu) in den letzten Jahren auf nationalstaatlicher Ebene mit ihrer Unterstützung für die Sánchez-Regierungen einen hohen Preis bezahlen oder weitgehende politische Zugeständnisse machen.

Trotz aller Fortschritte könnten in Zukunft dunkle Wolken am Horizont aufziehen. Sollte sich die politische Großwetterlage auf nationaler Ebene ändern, sprich die fragile derzeitige Koalition scheitern, könnte eine neue konservativ-neofaschistische Regierung den Prozess der letzten Jahre im Bündnis mit der spanischen Gerichtsbarkeit zunichte machen.

Ob die Tendenz einer rückläufigen Mobilisierungsfähigkeit in der baskischen Gesellschaft dann zeitlich schnell umkehrbar wäre und ob diese eine mögliche Zuspitzung des Konflikts unter geänderten politischen Vorzeichen stoppen könnte, ist derzeit nicht vorhersehbar. Eine Fokussierung auf die institutionelle-parlamentarische Arbeit der Mehrheitsströmung der baskischen Linken um das Parteienbündnis EH Bildu könnte sich dann als Trugschluss erweisen.



Foto: Nicolas Liuzzi, CC BY-NC 2.0 Deed

Über die konkrete Verbesserung der Haftbedingungen hinaus hat der Strategiewechsel der baskischen Linken in den letzten Jahren neue Räume geöffnet, um die Folgen von Verfolgung, Knast und Folter zu bearbeiten.

Ein wichtiger Beitrag zur Thematisierung von Folter und vor allem deren psychischen Folgen für die Betroffenen und deren Angehörige stellt der Film „Bi Arnas“ dar. In diesem Film berichten die von Folter betroffenen Frauen* Iratxe Sorzabal und Nekane Txapartegi über die Auswirkungen der Torturen, ihre seelische Wunden sowie die Auswirkungen in der Beziehung zu ihren Angehörigen. Die Macher*innen zeigen ihren Film seit Monaten ohne große institutionelle Unterstützung in Dörfern und Städten des Baskenlandes.

Neben Mitgliedern des EPPK gibt es einige wenige baskische politische Gefangene, die das Kollektiv aufgrund des Strategiewechsels verlassen haben oder mussten. Diese tauchen in den Zahlen von etxerat nicht auf. Wer diese nach der Auflösung von „Amnistia ta Askatasuna“ („Amnestie und Freiheit“; Amnestiebewegung) vor rund drei Jahren konkret unterstützt, ist laut Aussagen von lokalen Beobachter*innen nicht klar ersichtlich. Fakt ist aber, dass sie existieren.

Keinen Grashalm mehr gesehen Internationale Mobilisierung gegen die Isolationshaft in Italien

I Rote Hilfe OG Heidelberg/Mannheim

Wenn Herrschende einhegen wollen, was sie „politisch motivierte Kriminalität“ nennen, greifen sie gerne zur Isolation von Gefangenen. Siehe den Umgang mit der deutschen Rote Armee Fraktion in den 1970er-Jahren, siehe die F-Typ-Gefängnisse in der Türkei – und siehe die aktuellen Ereignisse rund um Alfredo Cospito in Italien.

Dort ist die Isolationshaft („carcere duro“) in Artikel 41-bis der Gefängnisverwaltungsverordnung verrechtlicht. Danach sitzen die Gefangenen 22 Stunden am Tag in ihren Zellen und dürfen nichts von außerhalb des Gefängnisses lesen. Besuch ist auf eine Stunde im Monat beschränkt. Selbst dann ist nur Familie, und auch die nur mit Glaswand und Kamera erlaubt. Beim Hofgang ist nur kurz ein Kontakt mit einer festen und kleinen Zahl anderer Gefangener möglich, die ihrerseits alle 41-bis unterliegen.

Anfang der 1990er hat das Parlament den 41-bis für die damaligen Mafiaprozesse verschärft. Damals hatten Menschenrechte hinter dem Furor zurückzustehen, als diverse Paten aus dem Gefängnis heraus weiterhin Verbrechen anordneten. Klar, diese Erzählung ist spätestens seit dem Klassiker „Frühstück bei Tiffany“ (1958) nahe am albernem Klischee. Weshalb also die Abgeordneten 1992 Menschenrechtsabbau betrieben, der vorher offenbar unverhältnismäßig war? Nun: „Irgendwas muss man doch machen!“

Zwar wendet die Staatsgewalt bis heute den 41-bis hauptsächlich in Fällen von „irgendwas mit Mafia“ an, doch trifft er auch immer wieder politische Aktivist*innen. Ein Beispiel ist Nadia Lioce, die die Behörden seit 2005 wegen ihrer Mitarbeit bei den Brigate Rosse (Rote Brigaden) isolieren. Dass der 41-bis seit 2022 endlich wieder auf der politischen Agenda steht, liegt jedoch an besagtem Alfredo Cospito.

Dieser hatte erste Knasterfahrungen als Totalverweigerer um 1990 herum. Aktuell (und seit 2012) sitzt er jedoch, weil er einen Manager einer Tochterfirma des inzwischen „Leonardo“ genannten größten italienischen Rüstungskonzerns in die Beine geschossen („Gambizzazione“) und an einem Brandanschlag auf eine Carabinieri-Kaserne teilgenommen haben soll.

Er verärgerte die Staatsgewalt noch aus dem Gefängnis heraus insbesondere, weil er Ende der 2010er-Jahre (in den Worten des rechtsgerichteten Politologen

Francesco Marone) anarchistischen Zeitschriften „verhetzende“ Interviews gegeben hat. Leute wie Marone sind besonders ärgerlich, weil Alfredo trotz Haft und allem seine insurrektionalistische Weltsicht (etwa: „Terrorismus von unten hat jedes Recht der Welt“) weiter öffentlich vertrat.

So etwas geht natürlich nicht, und weil Alfredo bereits eingesperrt war, stand der Standardweg zum Umgang mit unbotmäßigem Verhalten (Einsperren) nicht mehr zur Verfügung. Doch die Staatsgewalt hatte noch den 41-bis im Köcher, und sie unterwarf Alfredo – im Gegensatz zu seiner ebenfalls inhaftierten Genossin Anna Beniamino – dem „carcere duro“.



Um dem Widerstand entgegenzusetzen, begann Alfredo im Oktober 2022 einen unbefristeten Hungerstreik mit der Ansage, lieber sterben zu wollen als bis an sein Lebensende dahinzuvegetieren, „ohne einen Grashalm zu sehen“ (so Alfredo im März 2023 über seine Haft unter 41-bis). Zu seiner Unterstützung griffen in vielen Teilen der Welt Zusammenhänge im Umfeld der FAI-FRI (Federazione Anarchica Informale/Fronte Rivoluzionario Internazionale – das ist eine Art Aktionsplattform des Insurrektionalismus) Einrichtungen an, die irgendwie mit Alfredos Haft zu tun haben. Außenminister Antonio Tajani von den Fratelli d'Italia (FdI) – der AfD-analogen Regierungspartei in Italien – sah darin eine „internationale anarchistische Kampagne gegen den italienischen Staat“.

Weder diese noch vier Monate Hungerstreik konnten das oberste Kassationsgericht im Februar 2023 bewegen, am 41-bis-Einsatz gegen Alfredo zu rütteln. Bis März 2023 hatte er 50 kg Gewicht verloren, und Herzrhythmusstörungen ließen ahnen, dass es lebensgefährlich werden würde. Der Staat verlegte ihn aus einem

Hochsicherheitsgefängnis auf Sardinien ins Opera-Gefängnis in Mailand, um seine medizinische Versorgung etwas zu verbessern.

Als im April 2023 der Verfassungsgerichtshof zumindest die Lebenslänglich-Verurteilung wieder zurücknahm, brach Alfredo nach 180 Tagen seinen Hungerstreik ab; die Mobilisierung in seinem Fall ging aber weiter, und mensch kann derzeit kaum durch eine italienische Stadt gehen, ohne irgendwo per Graffiti daran erinnert zu werden.

Unterdessen hat Alfredo noch für eine Parlamentsposse gesorgt. Diese fing an, als ihn vier Mitglieder des sozialdemokra-

tischen Partito Democratico (PD) besuchten und er offenbar erzählte, wie er mit den paar Mitgefangenen nach 41-bis – logischerweise Mafiosi –, mit denen er gelegentlich kurz kommunizieren darf, über die Abschaffung des Artikels diskutiert hat. Das versuchte der FdI-Parlamentarier Giovanni Donzelli öffentlich zu skandalisieren („Anarchisten und die Mafia!“), was aber wiederum zu einem Skandal führte, weil er die ganze Geschichte offenbar unter Verstoß gegen Verschwiegenheitspflichten in Aufsichtsgremien erhalten hatte, sodass PD-Leute wiederum Donzellis Rücktritt forderten.

Während Alfredo weiter in 41-bis-Haft sitzt und auf Solidarität von außen (und eventuell auf Hilfe vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte) hofft, stehen Posen wie diese in einer bemerkenswerten Spannung mit einer Erklärung Alfredos beim Revisionsprozess zum Carabinieri-Brandanschlag: „Gli anarchici non fanno stragi indiscriminate, perché gli anarchici non sono lo stato“ („Anarchist*innen machen keine blinden Massaker, denn Anarchist*innen sind nicht der Staat“).

Vorwärts und nicht vergessen!

Hans-Litten-Archiv Die Geschichte der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung und der sozialen Bewegungen ist zugleich die Geschichte der Solidarität gegen Unterdrückung, Verfolgung und Repression. Um diese andere Seite des Kampfes um Emanzipation nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, wurde am 18. Februar 2005 in Göttingen das Hans-Litten-Archiv gegründet. Ziel des Vereins ist die Errichtung und Förderung eines Archivs der Solidaritätsorganisationen der Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung und der sozialen Bewegungen.

Kontinuität sichern
Fördermitglied werden!

www.hans-litten-archiv.de
email@hans-litten-archiv.de

Bankverbindung Hans-Litten-Archiv e.V.:
IBAN: DE86 2605 0001 0000 1381 15
BIC: NOLADE21GOE

Beitritts- und Spendenerklärung / Einzugsermächtigung für Hans-Litten-Archiv

- Ich spende einmalig einen Betrag in Höhe von _____ €
- Ich möchte Fördermitglied für das Hans-Litten-Archiv werden

Ich ermächtige den Vorstand des Hans-Litten-Archivs, jederzeit widerruflich, meinen Betrag jeweils zu Beginn des Fälligkeitsdatums zu Lasten meines unten angegebenen Kontos durch Lastschrift einzuziehen. Innerhalb von 6 Wochen kann ich bereits vollzogene Lastschriften wieder rückgängig machen.

Ich zahle einen Mitgliedsbeitrag von:

- 25 € jährlich.
- 50 € jährlich.
- freiwilliger Beitrag pro Jahr (über 25 €) _____ €

Spenden an das Hans-Litten-Archiv sind steuerlich absetzbar.

Vorname und Name _____

Straße und Hausnummer _____

PLZ, Wohnort _____

Telefonnummer _____

e-mail _____

Name und Ort des Kreditinstituts _____ BIC _____

IBAN _____

Datum und Unterschrift _____



Schikanen in der Lagerhaft und hohe Gefängnisstrafen Zur Lage politischer Gefangener in Russland

| Rote Hilfe OG Potsdam

Seit vielen Jahren unterstützt die Rote Hilfe politische Gefangene in anderen Ländern, auch in Russland. Seit dem russischen Einmarsch in der Ukraine steht diese Arbeit vor neuen Herausforderungen. Diese ergeben sich einerseits aus den Bedingungen der Solidaritätsarbeit hierzulande, vor allem aber auch aus der politischen Situation im Kontext des Krieges. Als linke Solidaritätsorganisation hierzulande haben wir mit dem Umstand zu kämpfen, dass die Verbindungen aus der deutschen Linken zu Linken in Russland schwächer sind als zu Linken in anderen Weltregionen, zu denen es längere und etablierte Kontakte gibt. Entsprechend sind das Wissen über Akteur*innen und

Ein Beispiel für Menschen, die schon seit Langem sitzen, ist Viktor Filinkov, ein Anarchist, der 2018 in St. Petersburg im so genannten Netzwerk-Verfahren zu sieben Jahren Lagerhaft verurteilt wurde. In diesem Verfahren konstruierte der FSB (russischer Inlandsgeheimdienst mit polizeilichen Befugnissen) im Vorfeld der damals in Russland stattfindenden Fußballweltmeisterschaft eine anarchistisch-terroristische Verschwörung (das „Netzwerk“), die das Ziel verfolgte, die Regierung zu stürzen. Das Verfahren diente als Blaupause für viele folgende Verfahren, in denen oppositionelle Bestrebungen aus unterschiedlichen Milieus mit dem Vorwurf des Terrorismus unterdrückt wurden. Viktor war der erste

und Widerstand gegen das Lagerregime zu leisten. Dabei ist internationale Solidarität eine wichtige Hilfe für ihn. So hilft ihm der immer noch mögliche Empfang von Briefen von Genoss*innen aus aller Welt, nicht an den Haftbedingungen zu verzweifeln. Gleichzeitig zeigen diese der Lagerleitung, dass es großes internationales Interesse an seinem Wohlergehen gibt, was offensichtlich Eindruck auf diese macht. Viktor freut sich also über Post (geschrieben werden darf nur auf Russisch)!

Ebenso wichtig sind die regelmäßigen Besuche seiner Anwält*innen, die ein Mindestmaß an Kontrolle der Haftbedingungen ermöglichen und ihn dadurch vor Folter schützen. Da es in Russland nur noch wenige Anwält*innen gibt, die bereit sind, politische Gefangene zu unterstützen – auch Anwält*innen riskieren damit in zunehmendem Maße Repression –, müssen diese aus Moskau anreisen. Die Kosten für diese lange Reise werden bisher durch Spendensammlungen in Russland wie im Ausland aufgebracht. Aufgrund der Repression gegen Kriegsgegner*innen und der hohen Anzahl deswegen Inhaftierter wird es jedoch in Russland immer schwieriger, dieses Geld aufzubringen. Internationale Unterstützung wird hier immer wichtiger.

Nach dem Angriff auf die Ukraine 2022 kam es in Russland zu zahlreichen Demonstrationen gegen den Krieg. Diese wurden von der Polizei brutal zerschlagen. Seither gibt es eine Vielzahl von eher individuellen und klandestinen Widerstandsakten. Diese reichen von Einzelprotesten und Verweigerungen bis hin zu Anschlügen auf militärische Infrastruktur wie Kreiswehersatzämter und das Schienennetz, auf dem Militärtransporte stattfinden. Die Aktivist*innen gehen damit ein hohes Risiko ein: Langjährige Haftstrafen werden von den Gerichten schon für kleinste Gesten des Protestes verhängt. Trotz dieser repressiven Stimmung ist es in bestimmten Grenzen immer noch möglich, die Betroffenen juristisch und individuell zu unterstützen.

Um diese Möglichkeiten nicht ungenutzt zu lassen und die Angeklagten und Inhaftierten nicht völlig schutzlos mit der repressiven Justiz und dem brutalen Gefängnisystem allein zu lassen, haben Aktivist*innen in Russland und im Exil das Netzwerk „Zona Solidarnosti“, „Solidarity Zone“ (dt. Solidaritätszone; der Name spielt darauf an, dass im Russischen „Zone“ auch ein Slangbegriff für die Welt der Lager und Gefängnisse ist) gegründet. Dieses sammelt Informationen zu von Repression betroffenen Kriegsgegner*innen, versucht ihre Fälle öffentlich zu machen und juristische Unterstützung für diese zu organisieren. Auch hier braucht es mehr Geld, als die russischen Genoss*innen alleine aufzubringen in der Lage sind.

Die vielleicht manchmal zu oberflächlich gebrauchte Parole „Solidarität ist unsere Waffe“ ist hier wahr. Solidarität ist unsere Waffe im Kampf gegen Folter und Krieg!

Rachezug der griechischen Regierung gegen Linke

Zur aktuellen Situation von politischen Gefangenen in Griechenland

| Rote Hilfe OG Landshut

Seitdem in Griechenland Kyriákos Mitsotákis' rechte Néa-Dimokratía-Regierung das Sagen hat – 2019 folgte sie auf die eher linke Syriza-Regierung unter Aléxis Tsípras –, sehen sich Gefangene aus dem anarchistischen oder kommunistischen Lager verschärften Haftbedingungen und schikanösen Maßnahmen der griechischen Justiz gegenüber.

Dimitris Koufontinas, wohl das bekannteste Mitglied der ehemaligen Guerilla-Organisation 17. November (17N) und seit 2002 in Haft, wurde 2020 nach einer Änderung des Strafvollzugsgesetzes aus dem Landwirtschaftsgefängnis bei Vólos in das Hochsicherheitsgefängnis in Domokós verlegt, in dem sich übrigens auch zahlreiche Faschisten der Goldenen Morgenröte befinden. Die Verlegung war eine Racheaktion des griechischen Ministerpräsidenten Mitsotákis, dessen Schwager Pavlos Bakogiánnis im Jahre 1989 einem Anschlag des 17. November zum Opfer fiel. Koufontinas versuchte darauf, durch einen Hungerstreik wenigstens seine Verlegung ins Athener Gefängnis Korydallós zu erzwingen, in dem er die ersten 16 Jahre einsaß – aber ohne Erfolg. Obwohl der Hungerstreik von einer großen internationalen Solidaritätskampagne begleitet war, musste er ihn nach 66 Tagen im März 2021 abbrechen.

Danach kämpfte Koufontinas weiter für seine Verlegung nach Korydallós, um näher bei seiner Familie und seinen Gefährt*innen zu sein und eine angemessene Ernährung, Physiotherapie und medizinische Behandlung zu erhalten. Obwohl dem auch der Staatsanwalt zugestimmt hatte, beschloss der Plenarrat in Lamía jedoch 2023, dass seine Inhaftierung in Domokós korrekt sei.

Im Korydallós-Gefängnis sitzt derzeit der als Kopf des 17. November bezeichnete und heute 80-jährige Aléxandros Giotópoulos ein. Er wurde vor 21 Jahren bei dürftiger Beweislage zu mehrfach lebenslänglicher Haft verurteilt, bestritt jedoch anders als Koufontinas jegliche Verantwortung für bzw. Beteiligung an den vorgeworfenen Taten. 2022 erhielt er erstmals einen dreitägigen Hafturlaub, worüber sich der Mitsotákis-Clan und die Néa Dimokratía völlig entrüstet zeigten.

Neben den prominenten Inhaftierten des 2002 zerschlagenen 17. November gibt es eine Reihe weiterer militanter Linker in griechischen Gefängnissen. Seit letztem Sommer gehört der Anarchist Giánnis Michailídis jedoch glücklicherweise nicht mehr dazu. 2011 begann die Jagd des Staates auf ihn wegen angeblicher Mitgliedschaft in der Verschwörung der Feuerzellen. Nachdem er 2013 festgenommen worden war, wurde dieser Vorwurf zwar fallengelassen, aber er verbüßte seitdem eine Haftstrafe wegen Banküberfalls, versuchten Totschlags und individuellen Terrorismus. Obwohl er seit Dezember 2021 alle Voraussetzungen für eine vorzeitige Entlassung unter Auflagen erfüllte – drei Fünftel seiner Strafe waren abgesessen, keine weiteren (Disziplinar-)Strafen waren hinzugekommen –, hatte sie das zuständige Gericht ganz im Sinne der verschärften Praxis unter Mitsotákis wegen drohender Rückfälligkeit abgelehnt. Während Michailídis' erster Hungerstreik zur Erzwingung seiner Entlassung im Jahre 2022 noch scheiterte, war sein erneuter Versuch im zurückliegenden Sommer erfolgreich: Am 14. Juni 2023 wurde er nach zehn Jahren Haft, 33 Tagen Hunger- und vier Tagen Durststreik unter Auflagen entlassen.

In den nun fast fünf Jahren Mitsotákis-Regierung haben sich aber nicht nur die Bedingungen in den Knästen verschärft, sondern auch die Bemühungen der griechischen Politik und Justiz, neue militante Linke dort unterzubringen. In den Fokus der Repression ist dabei vor allem das anarchistische Kollektiv Rouvíkonas (Rubikon) aus Athen geraten, das seit Jahren mit verschiedenen Aktionen, die als solche nur mit geringen Strafen belegt werden können, große Aufmerksamkeit erregt. Die auf rund 150 Personen geschätzte Struktur interveniert vorzugsweise dort, wo Armen und Marginalisierten das Leben schwer gemacht wird: in Behörden, Betrieben, Unis und



Stoppt die Inhaftierung und Folter von Antifaschist*innen
FSB ist der Terrorist (FSB ist der Inlandsgeheimdienst)

Strukturen, das Gefühl der Verbundenheit und das Interesse für das Geschehen verhältnismäßig gering. Verschärft wird das Ganze durch die Kriegssituation, die die Möglichkeiten des Austauschs, der Begegnung und der gemeinsamen Diskussion deutlich beschränkt. Gleichzeitig erhöht die durch den Krieg erfolgte nochmalige Verschärfung der Repression in Russland den Bedarf nach internationaler Unterstützung. Dies betrifft sowohl Gefangene, die schon seit längerer Zeit inhaftiert sind, wie auch die Menschen, die wegen ihres Engagements gegen den Krieg in hoher Zahl inhaftiert wurden.

von zehn Angeklagten in dem Fall, der öffentlich machte, dass die Beschuldigten vom FSB gefoltert worden waren. Viktor zog im Prozess die unter Folter gemachten Aussagen zurück und bestritt seine Schuld.

Im Jahr 2021 wurde Viktor in ein Straflager bei Orenburg nahe der Grenze zu Kasachstan verlegt (Viktor ist kasachischer Staatsbürger). Trotz der Gefahr der erneuten Folter und des Versuches der Lagerleitung, ihn durch eine Vielzahl von Disziplinarstrafen und Schikanen einzuschüchtern, versucht Viktor, sich gegen die Haftbedingungen zu wehren

Spenden für die Arbeit von Zona Solidarnosti können digital, z.B. per Paypal über <https://solidarityzone.taplink.ws> getätigt werden.

Hier findet sich auch der Link zum Telegram-Kanal der Gruppe, über den diese aktuelle Informationen zu gefangenen Kriegsgegner*innen verbreitet.

Spenden für die anwaltliche Unterstützung von Viktor Filinkov

Rote Hilfe e. V. Potsdam
IBAN: DE1043060967400723835
BIC: GENODEM1GLS
GLS-Bank Bochum
Stichwort: „Piter“



Aktion vor dem Krankenhaus Ágios Sávas in Athen am 9. Februar 2024.
GEGEN DEN ABBAU DER KREBSKLINIKEN – ROUVÍKONAS

natürlich auf der Straße. Nicht selten hinterlassen die Aktivist*innen dabei Statements oder Forderungen an Wänden oder auf Flyern und den einen oder anderen Sachschaden.

Nachdem dutzende Festnahmen und Anklagen und sogar ein absurd konstruierter Mordvorwurf gegen zwei Rouvíkonas-Mitglieder nicht zum gewünschten Erfolg führten, verabschiedete die Mitsotákis-Mehrheit 2022 ein neues Gesetz, das nun mehrjährige Haftstrafen ermöglichen soll, wenn drei oder mehr Personen eine Serie von Delikten begangen haben. Wie das Kollektiv in seiner letzten Erklärung vom Dezember 2023 schrieb, drohen nun die Kriminalisierung der Struktur und einigen ihrer Aktivist*innen auch Haftstrafen.





Gewalt in türkischen Haftanstalten nimmt zu – der Widerstand auch! Proteste gegen Haftbedingungen und Willkür

| Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit

„Die türkische Polizei führte Razzien in 32 Städten durch und nahm nach Angaben des Innenministeriums 208 Personen fest. Unter den Festgenommenen befinden sich Vorstandsmitglieder der DEM-Partei“
(ANF Deutsch, 26.12.2023)

„Bei Razzien in Istanbul, Amed, Adana und Dîlok hat die türkische Polizei mindestens 165 Personen festgenommen, darunter kurdische Friedensmütter. Auch Aktivistinnen der Frauenbewegung sind betroffen“
(ANF Deutsch, 16.01.2024)

„In der türkischen Küstenmetropole İzmir haben Polizei und Gendarmerie zu einem neuen Schlag gegen linke Strukturen ausgeholt. Fünf Menschen wurden festgenommen, darunter führende Mitglieder der Parteien ESP und TÖP“
(ANF Deutsch, 30.01.2024)

Diese Schlagzeilen geben einen Einblick in den politischen Alltag der kurdischen und linken Opposition in der Türkei. Der Moment der Verhaftung ist nie fern, die Gefahr immer präsent. Die autoritäre Herrschaft des rechten Machtblocks in der Türkei duldet keine innenpolitischen „Störfaktoren“. Gerade in Zeiten des Krieges in Kurdistan und der vielfältigen regionalen und weltpolitischen Krisen will das Erdoğan-Regime sein Land mit harter Hand regieren. Wer sich dem öffentlich widersetzt, muss jederzeit mit ihrer*seiner Verhaftung rechnen, wenn sie*er nicht schon im Gefängnis sitzt.

Haftbedingungen werden härter

Unter diesen Bedingungen ist auch die Arbeit der Menschenrechtsvereine, die in der Türkei traditionell eine wichtige Rolle bei der Aufklärung über die Haftbedingungen im Land spielen, nicht gerade einfach. Einer der verlässlichsten Akteur*innen in diesem Bereich ist der 1986 gegründete „İnsan Hakları Derneği“ (dt. Menschenrechtsverein, kurz İHD). Der İHD ist unter anderem Anlaufstelle für Angehörige von Gefangenen und dokumentiert Rechtsverletzungen in den Gefängnissen. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Repressionen in der Türkei ist jedoch auch die Arbeit des İHD gefährdet. Normalerweise veröffentlicht der İHD alle drei Monate Berichte über Rechtsverletzungen in türkischen Gefängnissen für alle sieben Regionen der Türkei. Auf Nachfrage wurde uns mitgeteilt, dass diese Berichte derzeit nur für die westtürki-

schen Regionen Zentralanatolien und Marmara erstellt werden können. Berichte zum Beispiel für die mehrheitlich kurdischen Regionen Ostanatolien und Südostanatolien liegen nicht vor.

Doch schon die Zahlen der vorliegenden Berichte machen deutlich, in welche Richtung sich die Haftbedingungen in der Türkei entwickeln: In der Marmara-Region dokumentierte der İHD im Oktober 2023 135 Rechtsverletzungen in Gefängnissen. Im November stieg die Zahl auf 567 und im Dezember auf 712.⁽¹⁾ Der zweite Bericht über die Gefängnisse in Zentralanatolien führt zwar keine Statistiken auf. Die Liste der Rechtsverletzungen in den Gefängnissen ist jedoch ähnlich lang.⁽²⁾ Es handelt sich um physische und psychische Folter, Beschimpfungen der Gefangenen durch das Gefängnispersonal, Isolationshaft, Nacktdurchsuchungen, Verwüstung der Zellen bei Durchsuchungen und Ähnliches.

Keine Reue – keine Entlassung

Seit dem vergangenen Jahr wenden die türkischen Sicherheitsbehörden verstärkt eine neue Praxis an, die sich explizit gegen linke und kurdische Gefangene rich-

tet: Politische Gefangene werden nach Verbüßung ihrer regulären Haftstrafe nicht freigelassen. Die Entscheidung, ob ein*e Gefangene*r nach Verbüßung ihrer*seiner Strafe entlassen wird, trifft ein so genanntes Verwaltungskomitee, das Ende 2020 gesetzlich verankert wurde. Die Gründe, die das Gremium für eine mögliche Nichtentlassung anführt, sind mehr als bizarr: Keine Reue, Verweigerung eines Gesprächs mit einem Imam, keine gute Führung, Nichteinhaltung der Gefängnisregeln, viele Bücher gelesen, bei Besuchen gelacht, Hymnen gesungen oder keine Distanzierung von der „Organisation“ gehören dazu.

Diese Praxis trifft häufig politische Gefangene, die bereits viele Jahre ihres Lebens in Haft verbracht haben. Im Oktober 2023 wurde der politische Gefangene İzzetin Sevilgen, der seit 31 Jahren in der Türkei inhaftiert war, trotz Ende der regulären Haftzeit nicht freigelassen. Viermal wurde seine Entlassung wegen „mangelnder Reue“ verschoben. Im November 2023 wurden die beiden politischen Gefangenen Eren Tekin und Abdülbari Yıldırım in İzmir trotz Ablauf ihrer Haftzeit nach 30 Jahren nicht freigelassen.

Von ihnen wird eine „Reuebekundung“ verlangt. Ebenfalls im November 2023 wurde dem politischen Gefangenen Mustafa Filitoğlu in der Türkei aufgrund einer „schlechten Sozialprognose“ die Entlassung nach Ablauf seiner Haftzeit verweigert. Er war im zweiten Semester seines Studiums wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation“ zu zwölf Jahren und acht Monaten Haft verurteilt worden. Nach Ablauf der Haftzeit wurde eine erneute Prüfung seiner Entlassung um sechs Monate verschoben. Die Liste der Fälle, in denen politischen Gefangenen die Freilassung verweigert wird, ließe sich noch lange fortsetzen.

Die Gefängnisinsel İmralı

Die Situation auf der Gefängnisinsel İmralı gilt als Gradmesser für die Haftbedingungen im ganzen Land und generell für die politische Atmosphäre in der Türkei. Auf İmralı befindet sich seit 1999 der wichtigste politische Gefangene des Landes, Abdullah Öcalan. İmralı wurde speziell für den PKK-Gründer und kurdischen Repräsentanten Öcalan als Isolationsgefängnis konzipiert und umgebaut. Zwischen 1999 und 2009 war er der einzige Gefangene auf der Gefängnisinsel. Im Jahr 2009 wurden im Rahmen kurzzeitiger und ergebnisloser Friedensgespräche weitere Gefangene nach İmralı verlegt. Seit einer weiteren Verlegung im Jahr 2015 befinden sich die politischen Gefangenen Hamilî Yıldırım, Ömer Hayri Konar und Veysi Aktaş gemeinsam mit Öcalan auf İmralı. Durch die Zusammenlegung können die Gefangenen von Montag bis Freitag täglich eine Stunde miteinander verbringen. Den Rest des Tages und das Wochenende verbringen sie in ihren Einzelzellen.

Am beunruhigendsten ist die Tatsache, dass die Außenwelt seit drei Jahren kein Lebenszeichen von den Gefangenen auf İmralı erhalten hat. Das wöchentliche Recht auf anwaltliche Beratung wird Öcalan und seinen Mitgefangenen mit willkürlichen Begründungen verweigert. Auch Besuche von Familienangehörigen werden unterbunden. Das letzte persönliche Gespräch mit Öcalan fand am 3. März 2020 im Rahmen eines Familienbesuchs statt. Die letzte anwaltliche Beratung war sogar am 7. August 2019. Und seit einem kurzen Telefonat mit seinem Bruder am 25. März 2021, das mittendrin abgebrochen wurde, gibt es überhaupt kein Lebenszeichen mehr von Öcalan, dessen politischer Einfluss auf die kurdische Gesellschaft trotz 25 Jahren Haft ungebrochen ist.

Hungerstreikaktionen in den Gefängnissen

Gerade wegen der Schlüsselstellung Öcalans für die Lösung der kurdischen Frage ist der Widerstand gegen die Isolationsbedingungen auf İmralı ein zentrales Thema der kurdischen Freiheitsbewegung. Dieser Widerstand hat sich mittlerweile auch auf die Gefängnisse in der Türkei und Nordkurdistan ausgeweitet. Am 27. November begann in der Türkei ein unbefristeter Hungerstreik von politischen Gefangenen aus PKK und PAJK (Partiya Azadiya Jin a Kurdistan; dt. Partei der Freiheit der Frau in Kurdistan). Gefangene aus mittlerweile 106 Haftanstalten beteiligen sich.

Derzeit wechseln sich die Hungerstreikgruppen alle zehn Tage ab. Doch das könnte sich bald ändern, wie die Gefangenen in einem Statement erklärten: „Wenn unsere Forderungen nicht erfüllt werden, werden sich unsere Proteste in der nächsten Zeit weiter radikalisieren. Wir wollen, dass es keine Toten mehr gibt und dieser Krieg endet, daher laden wir alle aufrichtigen Menschen und Organisationen ein, sich unserer Aktion anzuschließen. Wir werden Ergebnisse erreichen, indem wir unseren Kampf gemeinsam ausweiten, und wir werden sicher gewinnen. Der Sieg wird denjenigen gehören, die kämpfen.“

Newroz Uysal Aslan, kurdische Abgeordnete der DEM-Partei und ehemalige Anwältin von Öcalan, erklärt die Intention der Hungerstreikaktionen treffend mit den Worten: „Das Ziel des Hungerstreiks ist nicht, das Leben zu beenden, sondern im Gegenteil, das Leben auf humane, ethische und würdige Weise zu sichern. Seit dem 27. November wird durch den Hungerstreik in den türkischen Gefängnissen die Freiheit von Öcalan und eine Lösung der kurdischen Frage gefordert. Der Hungerstreik zielt auf die Einhaltung der Gesetze, Frieden und eine Lösung ab.“

Anmerkungen:

- (1) <https://www.ihd.org.tr/wp-content/uploads/2024/01/Marmara-Bo%C3%88lgesi-Hapishaneleri-Hak-1%C3%87hlalleri-Raporu-Ekim-Kas%C4%B1m-Aral%C4%B1k-2023.pdf>
- (2) <https://www.ihd.org.tr/wp-content/uploads/2024/01/1%CC%87c%C3%A7-Anadolu-Bo%C3%88lgesi-Hapishaneleri-Ekim-Kas%C4%B1m-Aral%C4%B1k-2023-Raporu.pdf>



Brutale Festnahme einer Friedensmutter bei einer Mahnwache vor dem Dolmabahçe-Palast in Istanbul am 1. September 2022, Foto: anf

Wem gehört die Welt?

DIE TAGESZEITUNG
junge Welt Deutungskampf

Jetzt drei Wochen gratis testen.
Bestellungen jungewelt.de/probeabo. Telefonisch: 0 30/53 63 55-84
Per E-Mail: abo@jungewelt.de

JUMP UP AKTUELL

www.jump-up.de

Neuerscheinung! Lucha Amada 3 – A Luta Continua

Im Jahr 2021 feiert Lucha Amada seinen 20. Geburtstag! Zu diesem feierlichen Anlaß stellen wir erneut einen Soli-Sampler zusammen, der befreundete Bands und Songs, die wir lieben, vereint. Die Erlöse spenden wir je zur Hälfte an die Zapatist@s (Mexico) und an JINWAR, einem feministischen Projekt im Herzen von Rojava (West Kurdistan/ North Syria).



3 CDs im Buchformat EUR 19,90
4 LPs mit 48 S. Booklet EUR 49,90
4 LPs mit 48 S. Booklet & Baumwolltasche EUR 54,90

Bestellungen über Jump Up: Tel./Fax 0421 / 4988535
Postfach 11 04 47, 28207 Bremen / E-Mail: info@jumpup.de



„No estamos todxs! – Wir sind nicht alle!“ Kämpfe der politischen Gefangenen in Chiapas, Mexiko

| Lilli Meier

Im Dezember 2023, kurz nach dem 40. Jahrestag der Gründung der EZLN und unmittelbar vor dem 30. Jahrestag des zapatistischen Aufstandes am 1. Januar 1994, veröffentlichten die Zapatist*innen die 20. Mitteilung („comunicado“). Es ist der letzte Teil einer Reihe von comunicados der überwiegend aus indigenen Menschen bestehenden Guerillabewegung aus Chiapas, Mexiko. Die Zapatist*innen erklären in diesen unter anderem, dass ihre autonome Selbstverwaltung eine neue Struktur erhält. Ein Grund für die Veränderung ist die in den letzten Jahren deutlich gestiegene organisierte Kriminalität, Militarisierung, paramilitärische Gewalt und Repression. Ein Teil der Repression des mexikanischen Staates ist, Zapatist*innen und ihre Unterstützer*innen willkürlich zu inhaftieren. Wie in den letzten Ausgaben der Rote-Hilfe-Sonderzeitung zum 18. März bereits beschrieben, sind Folter, erzwungene Geständnisse und eine mangelhafte infrastrukturelle sowie eine unzureichende medizinische Versorgung nach wie vor Alltag in den Knästen in Chiapas.

Ein Aktivist der „Grupo de Trabajo No estamos todxs“ (GTNT) – übersetzt „Arbeitsgruppe Wir sind nicht alle“ – sagt in einem Interview, dass es im Jahr 2023 nicht sichtbar mehr politische Gefangene in Chiapas gegeben hätte. Der mexikanische Staat hätte allerdings eine starke Struktur aufgebaut, um die zu Unrecht inhaftierten Gefährt*innen im Knast zu behalten. Selbstorganisiert kämpft GTNT für die Gefangenen durch Dokumentationen, Veröffentlichungen und die Unterstützung von Inhaftierten und Angehörigen.

Zwei politische Gefangene, die zur „Base de apoyo Zapatista“, also der zapatistischen Unterstützungsbasis gehören, sind José Díaz Gómez und Manuel Gómez Vázquez. José Díaz Gómez wurde am 25. November 2021 willkürlich unter Anwendung von Gewalt in der Gemeinde Salto de Agua, Chiapas, festgenommen. Die Staatsanwaltschaft wirft dem indigenen Bauern schweren Raub vor. Er wurde, nachdem ihm Geld und Ausweisdokumente abgenommen worden waren, in die nahegele-

gene Gemeinde Palenque, Chiapas, zur Staatsanwaltschaft gebracht. Dort wurde er gezwungen, seine Fingerabdrücke abzugeben und mehrere Blankopapiere zu unterschreiben. Dies geht aus dem Be-

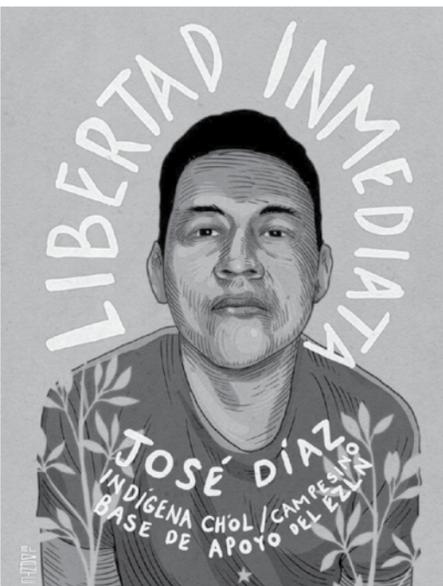
sprechen viele indigene Menschen kaum oder kein Spanisch. Die Verweigerung von Übersetzung bei Festnahmen und Gerichtsverhandlungen ist eine gezielte Unterdrückungsmaßnahme. José und zahlreiche andere Gefangene werden unmenschlich und erniedrigend behandelt, ihre Menschenrechte verletzt durch illegale und willkürliche Festnahmen, Isolationshaft und Folter.

José wartet im Dezember 2023 immer noch auf seine Anhörung. Solange die Generalstaatsanwaltschaft das Strafverfahren gegen José Díaz Gómez aufrechterhält, wird dieser auch nach einem Jahr rechtswidrig in Haft bleiben.

Doch GTNT und andere Gruppen in Mexiko kämpfen für die Gefangenen. So wurde Manuel Gómez Vázquez nach zwei Jahren, elf Monaten und sieben Tagen un gerechtfertigtem Freiheitsentzug freigelassen. Diese lange Zeit überschreitet die nach mexikanischem Gesetz maximale Zeit von Untersuchungshaft. Bei der gerichtlichen Anhörung am 17. November 2023 wurde der Unterstützer der Zapatist*innen schließlich freigesprochen, da ihm die vorgeworfene Straftat nicht nachgewiesen werden konnte. Die Freilassung von Manuel Gómez Vázquez ist das Ergebnis von mexikoweiten bis weltweiten Kämpfen.

Ein weiterer Gefährte, der wie Manuel Gómez Vázquez weltweit unterstützt wird, ist Miguel Peralta. Dieser stammt aus dem mazatekischen Eloxochitlán de Flores Magón, einer Community mit einer langen Geschichte des Kampfes um Territorium und Autonomie. Im Zusammenhang mit Repressionen des mexikanischen Staates gegen die genannte Community wurde Miguel mehr als vier Jahre lang inhaftiert, ohne dass die gegen ihn erhobenen Vorwürfe bewiesen wurden. Nach der erkämpften Freilassung im Jahr 2019 wurde Miguel 2022 erneut verurteilt. Diesmal zu einer Haftstrafe von 50 Jahren. Seit dem Urteil versucht die mexikanische Regierung, den Compañero zu finden, doch Miguel kämpft weiter.

► Für aktuelle Informationen und Support: <https://noestamostodxs.tk>



richt des Menschenrechtszentrums Frayba (Fray Bartolomé de las Casas) vom November 2023 hervor. Dazu wurde ihm die Möglichkeit einer Übersetzung in seine Muttersprache verwehrt. In Chiapas

Überfüllung, Gewalt und kein Zugang zur Grundversorgung Ein Interview mit Antonia zur Situation der politischen Gefangenen in Chile

Wie viele politische Gefangene gibt es schätzungsweise, und aus welchen sozialen Bewegungen kommen sie?

Momentan gibt es mehr als 30 politische Gefangene in Chile. Hiervon sind die Mehrheit politische Gefangene der Mapuche, die für ihren Kampf zur Rückgewinnung und der Verteidigung ihres Landes gegen die permanente Bedrohung des Extraktivismus durch Forstunternehmen eingesperrt sind. Gleichzeitig stellen weitere politische Gefangene eine Melange dar aus politischen Gefangenen aus dem Kontext des Aufstandes von 2019 sowie anarchistischen politischen Gefangenen.

Ab 2019 gab es starke soziale Proteste. Wurden im Nachgang Aktivist*innen deshalb zu Gefängnisstrafen verurteilt? Wie viele von ihnen sind noch in Haft?

Mensch rechnet mit mehr als 200 Genoss*innen, die im Kontext der Aufstände inhaftiert wurden. Von ihnen wurden viele nie offiziell verurteilt, sondern es wurde exzessiver Gebrauch gemacht von der Maßnahme der Präventivhaft, insbesondere auch in Fällen, in denen klar war, dass eine endgültige Haftstrafe überhaupt nicht möglich gewesen wäre. Das Gefängnis wurde sowohl als spezielle und gezielte politische Verfolgung von Aktivist*innen, die an den Protesten teilgenommen hatten, genutzt als auch als beispielhafte Maßnahme der Macht, um deutlich zu machen, welche Konsequenzen sie bereit ist zu treffen gegen diejenigen, die sich frontal gegen das sozioökonomische System stellen.

Auf die eine oder andere Weise war dies eine der vielen Reaktionen, die die Mächtigen unseres Landes einsetzten, um die Proteste einzuschüchtern und zu unterbinden, die das wirtschaftliche und politische Modell destabilisierten, das die Pinochet-Diktatur eingeführt hatte und das die Politiker*innen, die danach ins Amt kamen, in den letzten 30 Jahren verteidigt und bekräftigt hatten.



Santiago de Chile 2020, Foto: Pablo Zamorano
Der Wasserwerfer 042 war berüchtigt dafür, dass aus ihm auch Unbeteiligte mit chemikalienversetztem Wasser beschossen wurden.

Wie sind die Haftbedingungen in Chile?

Die chilenischen Gefängnisse befinden sich seit Jahren in einer Krise. Sie sind stark überfüllt, haben keinen Zugang zur Grundversorgung, und die Gefangenen sind ständiger Gewalt durch die Gefängnisbeam*innen ausgesetzt. Für politische Gefangene ist dies noch schlimmer, da sie auch innerhalb des Gefängnisses politisch verfolgt werden. Wenn die Gefangenen beispielsweise die schlechten Haftbedingungen anprangerten, kam es zu Razzien in den Zellen der Genoss*innen, bei denen nicht nur ihre Zellen und Habseligkeiten zerstört, sondern sie auch verprügelt wurden.

Gibt es Solidaritätsgruppen, die die Gefangenen unterstützen?

Ja, diese Organisationen sind sowohl für die praktische Unterstützung der Gefangenen als auch für die politische Unterstützung zuständig, d. h. sie organisieren Tombolas, Bingos und verschiedene Aktivitäten, um unter anderem die Familien bei den Kosten für den Gerichtsprozess finanziell unterstützen zu können. Aber es sind auch Organisationen, die ständig die aktuelle Situation der Gefangenen publik machen, öffentlich die schlechten Bedingungen, Misshandlungen, Unregelmäßigkeiten in den Gerichtsprozessen anprangern und gleichzeitig politische Aktionen durchführen, um die Fälle sichtbar zu machen und medialen Druck für die Freilassung der Aktivist*innen aufzubauen. Dazu gehören als exemplarische Beispiele das Anketten an öffentlichen Plätzen wie dem ehemaligen Nationalkongress, der Kathedrale, an Brücken, generell an neuralgischen Punkten im Zentrum Santiagos, sowie die Besetzung öffentlicher Gebäude wie des Nationalen Instituts für Menschenrechte und auch die Besetzung des SENAME (Nationaler Dienst für Minderjährige, der wie das Gefängnis für Minderjährige in Chile ist), um die Freiheit auch der inhaftierten Minderjährigen zu fordern, bei denen es sich zumeist um Sekundarschüler*innen handelt.

Vielen Dank für das Interview!



Antonia ist 20 Jahre alt, seit langer Zeit Teil der Schüler*innen- und Studierenden-Bewegung in Chile, deren Proteste 2019 den Startschuss für die soziale Revolte bildeten. Sie ist seit fünf Jahren in der „Asamblea coordinadora de estudiantes secundarios de Chile“ und von 2019 bis 2021 auch deren Sprecherin gewesen. Sie studiert in Santiago de Chile.



Broschüre des Hans-Litten-Archivs zum 70. Jahrestag der tödlichen Polizeischüsse auf Philipp Müller und der Ereignisse am 11. Mai 1952 in Essen

36 Seiten. DIN A5, kostenlos

erhältlich beim Hans-Litten-Archiv auch zum Download
email@hans-litten-archiv.de

Silke Makowski

„Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern“ Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933



Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) ist bisher weitgehend unbekannt, obwohl sich Zehntausende AktivistInnen aus verschiedenen sozialistischen Strömungen daran beteiligten. Zahllose Rote HelferInnen wurden für ihren Widerstand zu hohen Strafen verurteilt, und viele von ihnen wurden von den Nazis ermordet.

Die Broschüre zeigt die Bandbreite des Widerstands der Roten Hilfe gegen den NS-Terror auf und regt durch viele Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen zur eigenen Spurensuche vor Ort an.

Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs zur Geschichte der Roten Hilfe Band I
Gegen den Strom München
DIN A 4, 120 Seiten, 7,- Euro, ISBN 3-9809970-4-9

erhältlich beim Literaturvertrieb der Rote Hilfe e.V.

Postfach 6444, 24125 Kiel
literaturvertrieb@rote-hilfe.de

und in allen Buchhandlungen!



Die unwiderstehliche Kraft und der unbewegliche Gegenstand

Mumia Abu-Jamal ist seit über 42 Jahren in Haft

| Michael Schiffmann

Die Überschrift dieses Artikels bezeichnet ein Paradox, von dem schon im alten China die Rede war – einen unauflösbaren Widerspruch.

Daran fühlt man sich im Fall des seit Jahrzehnten inhaftierten afroamerikanischen Journalisten Mumia Abu-Jamal erinnert, ein Fall, der jetzt in sein 43. Jahr geht. Mumia, wie er weltweit von vielen liebevoll genannt wird, wurde am 9. Dezember 1981 unter dem Vorwurf, einen Polizisten getötet zu haben, verhaftet und in einem spektakulären, von Rassismus und groteskem Fehlverhalten von Richter und Staatsanwalt geprägten Prozess im Juni/Juli 1982 zum Tod verurteilt.

Nach langen und zähen Kämpfen wurde im Dezember 2011 wenigstens das Todesurteil gegen ihn aufgehoben, und er kam nach fast 30 Jahren Isolationshaft in den „Normal“-Vollzug. Der Schuldspruch gegen ihn blieb jedoch bestehen, und die Strafe lautet nun lebenslanglich ohne Möglichkeit einer vorzeitigen Entlassung (life without parole).

Die Litanei der Gründe, aus denen dieses Urteil nicht Bestand haben kann und darf, ist viel zu lang, um hier ausführlich darauf einzugehen; sie werden detailliert auf der eigens diesem Thema gewidmeten Website drophthecaseagainstmumiaabujamal.com dargelegt.

Hier nur stichwortartig einige der Aspekte, die seinen Fall sowohl typisch als auch einzigartig machen: Misshandlung des Verdächtigen noch am Tatort, systematische Fälschung von Beweismaterial, Verweigerung einer auch nur elementar adäquaten Verteidigung, Rassismus bei der Juryauswahl, Ausschluss des Angeklagten aus weiten Teilen seines eigenen Prozesses, Benutzung seiner linken politischen Ansichten für die erfolgreiche Forderung nach der Höchststrafe, unfassbar unfaire Urteile der Berufungsgerichte.

Man findet in diesem Fall buchstäblich alles, was die US-Strafjustiz insgesamt so fragwürdig und verdammenswert macht. Mumias Fall ist exemplarisch.

Genau das ist für Mumia Segen und Fluch zugleich: Zum einen hat ihm das eine breite, fast beispiellose internationale Unterstützung eingebracht, die zumindest die Todesstrafe verhindern konnte, aber zum anderen steht auch für die Kräfte, die ihn hinter Gittern halten wollen, sehr viel auf dem Spiel, denn wenn sie zulassen würden, dass ihr um Mumia herum gebautes Lügengebäude zusammenstürzt, würde dieses auch viele der Lügner*innen in den letzten 40 Jahren mit sich reißen und unter sich begraben.

Die unwiderstehliche Kraft und der unbewegliche Gegenstand.

Ein halbes Jahr lang, von Oktober 2022 bis März 2023, sah es fast so aus, als könnte eine Schwarze Richterin in Philadelphia, die in diesem Zeitraum ihre Entscheidung nicht zuletzt auf Druck sogar von UN-Institutionen immer wieder verschob, Mumia wenn schon nicht freilassen, so wenigstens den überfälligen neuen Prozess gewähren. Aber am 31. März 2023 mussten wir erkennen, dass auch Judge Lucretia Clemens nicht den Mut hatte, sich gegen die Kräfte des Status quo zu stellen.

Der internationale Kampf um die Befreiung Mumias geht dennoch und gerade jetzt weiter.

Ständig aktualisierte Informationen dazu finden sich auf www.das-mumia-hoerbuch.de/
www.freiheit-fuer-mumia.de/index.htm

Von Mumia Abu-Jamal erschien zuletzt auf Deutsch:
Texte aus dem Todestrakt. Essays eines politischen Gefangenen in den USA. Frankfurt am Main: Westend 2023

Anfragen für Lesungen an Annette Schiffmann: anna.schiff@t-online.de

Free Leonard Peltier! 2024 könnte zum Jahr der Entscheidung werden

| Michael Koch (TOKATA-LPSG RheinMain e. V.)

Der mittlerweile 79-jährige indigene politische Gefangene Leonard Peltier ist seit über 48 Jahren in Haft, und sein Fall sowie sein Schicksal zählen ohne Zweifel zu den größten Polizei-, Justiz- und Politikskandalen der USA des 20. und 21. Jahrhunderts. Seit Jahren berichten wir in dieser Beilage über den Stand im Kampf um Peltiers Freiheit, wobei wir 2023 in der Überschrift die Frage stellten, ob es hierfür doch noch Hoffnungsschimmer gäbe, denn 2022 kumulierten sich innerwie auch außerhalb der USA die Interventionen gegen seine anhaltende Inhaftierung.

Auch 2023 fanden international wieder zahlreiche Aktionen für Peltiers Freiheit statt. Als im Oktober indigene Aktivist*innen gemeinsam mit dem Autor dieses Artikels in Genf die Möglichkeit

hatten, im Rahmen der US-Präsentation zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte auf die anhaltenden Ungereimtheiten und Ungerechtigkeiten in Peltiers Fall hinzuweisen, antwortete eine Vertreterin des US-Justizministeriums, dass gegenwärtig ein Begnadigungsantrag für Peltier anhängig sei.

Neben diesem anhängigen Verfahren kann nach der 2009 erfolgten letzten Begnadigungsablehnung durch die United States Parole Commission Peltier auch dort 2024 einen erneuten Antrag auf Freilassung stellen. Außerdem gibt es zum Ende des US-Wahlkampfes noch die Chance einer Begnadigung durch US-Präsident Joe Biden. Dessen Parteikongress hatte 2022 Peltiers Freiheit einstimmig in das Wahl- und Parteiprogramm aufgenommen.

Wie wir also sehen, bündeln sich 2024 mehrere Möglichkeiten, um im Kampf für Peltiers Freiheit anzusetzen. Vor dem Hintergrund seines Alters – im September wird er 80 Jahre alt –, der skandalösen, anhaltenden Dauereinschlüsse sowie seines Gesundheitszustands gilt es, den internationalen Druck auf die Verantwortlichen in den zuständigen Stellen zu erhöhen.

Wer uns dabei unterstützen will, kann sich über die Möglichkeiten auf unserer Homepage informieren. Außerdem brauchen wir Spenden, denn die Kampagne 2024 wird uns neben viel ehrenamtlicher Arbeit auch viel Geld kosten.

► Mehr Informationen unter:
<https://www.leonardpeltier.de/so-koennt-ihr-uns-2024-im-kampf-um-peltiers-freiheit-helfen>

Jahrzehntelange Haft für linke Aktivist*innen Politische Gefangene in den USA

| Rote Hilfe OG Heidelberg/Mannheim

In den USA sind viele politische Gefangene aus sozialen Bewegungen hinter Gittern, die teilweise jahrzehntelange Haftstrafen absitzen müssen. Drei von ihnen sind Bill Dunne, Marius Mason und Alex Stokes Contompasis.

Weiter politisch aktiv: Bill Dunne

Der Anarchist Bill Dunne ist seit über 44 Jahren im Gefängnis. Am 14. Oktober 1979 befreiten Dunne und weitere Mitglieder eines anarchistischen Kollektivs ihren Genossen Artie Ray Dufur und

gleich erhielt er eine Sperre von 15 Jahren, sodass die nächste Anhörung erst 2029 möglich ist.

Transgender-Kämpfe im Knast: Marius Mason

Marius Mason, ein gefangener transgender Anarchist, Klima- und Tierrechtsaktivist, wurde im März 2008 in Cincinnati, Ohio, verhaftet und vor einem Bundesgericht wegen vierfacher Brandstiftung bzw. Verabredung zur Brandstiftung angeklagt. Konkret geht es dabei um Aktionen der Earth and Animals Liberation Front in den Jahren 1999 und 2000, die sich unter anderem gegen eine Einrichtung zur Erforschung gentechnologischer Pflanzen richteten sowie gegen Geräte, die bei Rodungen in Michigan zum Einsatz kommen sollten.

Obwohl weder Menschen noch Tiere bei den Aktionen verletzt wurden, wurde Marius im Februar 2009 zu fast 22 Jahren Haft und Schadensersatzzahlungen in Höhe von vier Millionen Dollar verurteilt. Grund für die drakonische Strafe war die Einstufung als Terrorismus. Die Berufung wurde 2010 vom Gericht zurückgewiesen.

Als Transperson hatte Marius im Gefängnis viele zusätzliche Kämpfe durchzustehen: 2014 hatte er sein Coming-Out und setzte durch, dass er ab 2016 eine Hormontherapie bekam. Obwohl die Gefängnisbehörde Marius schon seit Jahren als Transmann anerkannte, war er gezwungen, weiterhin im Frauengefängnis zu bleiben. Erst am 7. September 2021 konnte er seine Verlegung in ein Männergefängnis erwirken.

Durch Gemälde und Gedichte bringt Marius seine politischen Überzeugungen kreativ zum Ausdruck. Er eröffnet

regelmäßig Briefe an seine Unterstützer*innen und verfasst Grußworte zu politischen Kundgebungen.

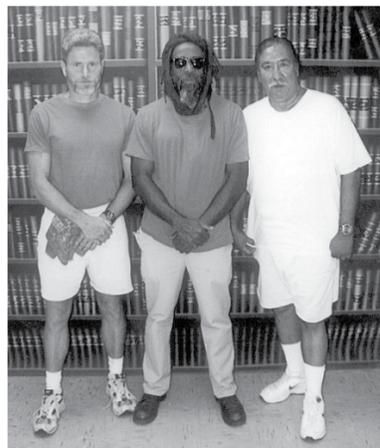
Nach Nazi-Angriff in Haft: Alex Stokes Contompasis

Der unabhängige Journalist und Künstler Alex Stokes Contompasis aus Albany, New York, begleitete seit Jahren politische Kundgebungen. Am 6. Januar 2021 fand in Albany ein rechter Aufmarsch statt, gegen den eine Gruppe Antifaschist*innen lautstark protestierte. Ein Mitglied der Nazi-Miliz Proud Boys griff einen Schwarzen Gegendemonstranten brutal an, woraufhin es zu einem Handgemenge kam. Alex, der den Vorfall vom Rand aus beobachtet hatte, versuchte, den angegriffenen Antifaschist*innen zu helfen. Die Polizei schritt erst ein, als die Auseinandersetzung beendet war, und nahm schließlich drei Schwarze Aktivist*innen fest. Die Nazis, die die Gegendemonstration angegriffen hatten, wurden nicht am Tatort verhaftet. Alex wurde schließlich wegen mehrerer Gewaltverbrechen angeklagt.

Der Prozess war offensichtlich politisch motiviert: Nachdem Alex fast zwei Jahre auf den Prozessauftakt warten musste, wurde die Verhandlung in nur drei Tagen beschleunigt abgeschlossen, was eine effektive Verteidigung unmöglich machte. Alex wurde in allen Anklagepunkten für schuldig befunden und am 17. November 2022 zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt, obwohl es bei der Auseinandersetzung keine lebensbedrohlichen Verletzungen gegeben hatte.

Alle drei Gefangenen freuen sich über Post!

► Weitere Informationen:
prisonradio.org/correspondent/bill-dunne
supportmariusmason.org
freealexstokes.com



Bill Dunne, Hanif Shabazz Bey und Leonard Peltier

einige Mitgefangene in Seattle. Während der Aktion kam es zu einem Schusswechsel, und Bill wurde verletzt und zusammen mit anderen Beteiligten verhaftet. Das Urteil lautete auf 90 Jahre, zu denen noch weitere 15 Jahre Haft hinzukamen, nachdem er 1983 versucht hatte, aus dem Bundesgefängnis Lewisburg auszubrechen. Anschließend verbrachte Bill siebeneinhalb Jahre im berühmten Bundesgefängnis Marion im Lockdown, also in Isolationshaft.

Bill bleibt weiterhin politisch aktiv: Unter anderem arbeitet er an anarchistischen Publikationen wie dem 4Struggle Magazine mit, beteiligt sich am jährlichen Anti-Knast-Event Running Down the Walls – einem dezentralen Solidaritätslauf – und ist im Gefangenenausschuss des Anarchist Black Cross tätig.

2014 hatte Bill eine Bewährungsanhörung, die der Abschluss mit der Begründung ablehnte, dass er weiterhin Kontakt zu anarchistischen Strukturen unterhalte. Zu-



Selbstporträt von Marius Mason



Alex Stokes

Vorwärts und nicht vergessen...

Postkartenserie aus dem Bestand des Hans-Litten-Archivs zum 100. Jahrestag der Gründung der Roten Hilfe Deutschlands 1924



12 Postkarten im Block verleimt
Erhältlich beim Literaturvertrieb der Roten Hilfe e. V.

literaturvertrieb@rote-hilfe.de
rote-hilfe.de/literaturvertrieb



Solidarität muss praktisch werden! Schreibt den gefangenen Genoss*innen!

Es ist wichtig, dass eine Bewegung ihre Gefangenen nicht vergisst - sie sind unsere Genoss*innen und brauchen unsere Solidarität! Deshalb ist es umso notwendiger, dass innerhalb der Bewegung die Unterstützung Gefangener, z. B. das Schreiben an sie, das Schicken von Paketen, der Besuch bei ihnen, wieder stärker in die breite Basis getragen wird. Das Schreiben ermöglicht, mit ihnen in direkten Kontakt zu kommen, und sollte der erste Schritt sein. Wir haben nachfolgend einige Tipps zusammengetragen, die hoffentlich helfen, das Thema konkret anzugehen.

Was schreibe ich Gefangenen?

Der sicherlich bekannteste und einfachste Weg ist, Postkarten oder einen Brief zu schreiben, allein oder zusammen mit anderen Genoss*innen. Dazu könnt ihr Plakate etc. von Veranstaltungen mit Widmungen/Unterschriften/Grüßen mitschicken. Auch Zeitschriften und Ähnliches kommen bestimmt gut an. So könnt ihr die Gefangenen an eurem politischen Leben ein kleines Stück partizipieren lassen.

Wenn ihr Gefangenen schreibt, müsst ihr bedenken, dass Post mitgelesen wird! Außerdem kommt es vor, dass Briefe aufgehoben, verzögert oder gar „verlegt“ werden. Daher ist es am besten, die Briefe zu nummerieren, um ein eventuelles Nichtankommen von Briefen zu registrieren. Einzelne Haftanstalten begrenzen die Anzahl der Briefe, welche ein*e Gefangene*r schreiben oder erhalten darf. Wenn du glaubst, dass ein Brief von der Knast-

aufsicht aus dem Verkehr gezogen worden ist, frage gleich nach dem Grund dieser Zensurmaßnahme. Sicherer sind natürlich eingeschriebene Briefe, weil diese in der Regel in Anwesenheit des*der Gefangenen geöffnet werden müssen. Aber eine hundertprozentige Sicherheit gibt es leider nie.

Erwarte nicht unbedingt eine Antwort auf deinen Brief oder deine Karte. Die Inhaftierten werden womöglich die Briefmarken und die Umschläge selber kaufen müssen, und die meisten sind sicherlich keine Millionär*innen. Einige Gefängnisse erlauben, dass Briefmarken oder frankierte Umschläge mit der Post hineingeschickt werden. Klärt einfach mit dem*der betreffenden Gefangenen, ob das möglich ist, und legt euren Briefen dann entsprechend Briefmarken bei.

Auf deinen Briefumschlag solltest du stets die Adresse des*der Absender*in draufschreiben, nicht nur, damit der*die Inhaftierte dir antworten kann, sondern auch, weil einige Gefängnisse keine Briefe ohne Absender*innen durchlassen. Natürlich muss dies nicht unbedingt deine eigene Adresse sein, aber berücksichtige, dass Postfach-Adressen nicht allzu gerne akzeptiert werden.

Falls ihr Bücher oder Informationsmaterial schicken wollt, erkundigt euch bei den Gefangenen über die diesbezüglichen Haftbestimmungen. Diese können zwischen Justizvollzugsanstalten (JVAs) unterschiedlich sein.

Wie könnt ihr das Schreiben an Gefangene gestalten und organisieren?

Ihr könnt z. B. auf euren Veranstaltungen (oder Soli-Tresen oder Kúfas) Postkarten bereitlegen und die Besucher*innen direkt auffordern, einen kurzen Gruß zu schreiben. Oder ihr könnt auf das Plakat/den Flyer dieser Veranstaltungen etwas Persönliches schreiben lassen und das dann schicken. Geht selbst mit gutem Beispiel voran und animiert so andere dazu! Wenn ihr Infostände betreut, andere Veranstaltungen mitorganisiert usw., macht es sich auch gut, Postkarten und Gefangenenadressen parat zu haben, um Interessierten gleich die Möglichkeit zu geben, aktiv zu werden. Und falls euch mal nichts einfällt, was ihr schreiben könnt, malt einfach etwas. Jeglicher Ausdruck von Solidarität ist willkommen!

Wie schreibe ich Gefangenen?

Eines der Hauptprobleme, das Leute davon abhält, Inhaftierten zu schreiben, liegt darin, dass es ungewohnt ist, einer „fremden“ Person zu schreiben. Es handelt sich dabei um ein Problem, das die meisten von uns überwinden müssen; deshalb hier einige kurze Tipps: Natürlich handelt es sich nicht um starre Richtlinien, unterschiedliche Menschen schreiben eben auch unterschiedliche Briefe. Schreibe beim ersten Kontakt, welche*r du bist, welcher Gruppe/Organisation du angehörst und wie du von seinem*ihrem Fall gehört oder gelesen hast. Schreibe vielleicht auch ein paar kurze Worte zu deiner politischen Einstellung, so dass

der*die Gefangene entscheiden kann, ob er*sie mit dir in Kontakt bleiben möchte. Besonders, wenn du die Gefangenen nicht vor ihrem Haftantritt gekannt hast, möchten sie mehr über dich wissen. Wie ausführlich du bist, bleibt alleine dir überlassen. Du musst nur immer bedenken, dass die Post auch von den staatlichen Autoritäten gelesen wird. Versuche, diesen ersten Brief recht kurz zu halten und nur das Nötigste zu schreiben, weil es besser ist, die Leute nicht gleich zu überfordern. Außerdem begrenzen einige Vollzugsanstalten den Umfang der Briefe. Ratsam sind Briefe bis zu vier DIN A4-Seiten. Wenn du politischen Gefangenen schreibst und ihn*sie für „unschuldig“ hältst, erwähne dies kurz, weil es das wichtige Gefühl vermittelt, dass du nicht an die staatliche Version, deretwegen sie eingebuchtet wurden, glaubst.

Viele, die Gefangenen schreiben, haben Angst, über Dinge aus ihrem eigenen Leben zu sprechen, weil sie glauben, dass es die Inhaftierten deprimieren könnte oder diese gar nicht daran interessiert seien. In einigen Fällen kann dies auch mal zutreffen, aber insgesamt kann ein Brief der hellste Punkt eines Tages hinter Gittern sein. Das Leben im Knast ist todlangweilig, und jegliche Nachricht, egal, ob sie von einer bekannten oder unbekanntem Person kommt, ist eine willkommene Abwechslung. Benutze deinen Verstand und dein Mitgefühl, schreibe über nichts, was der*dem Gefangenen Schwierigkeiten mit der Anstaltsleitung oder irgendeiner*m anderen Probleme mit der Staatsmacht einbringen könnte.

Sie sind dort drinnen für uns, wir sind hier draußen für sie!

Für die Gefangenen aus unserer Bewegung, unseren Zusammenhängen und unseren Kämpfen (wie z. B. Streiks, Demonstrationen und Blockaden, Mitglieder revolutionärer Gruppen usw.) ist es enorm wichtig, sie in den weitergehenden Widerstand miteinzubeziehen, das heißt, ihnen von nichtkriminalisierbaren Aktionen zu erzählen, ihnen Zeitschriften zu schicken, wenn sie diese wollen, und mit ihnen Strategien und Ideen zu diskutieren, denn „Politische“ werden in der Regel im Knast isoliert. Einige können eventuell auch nichts mehr von Klassenkampf und Revolution hören, möchten nur den Kopf senken und ihre Strafe absitzen. Dies müssen wir selbstverständlich genauso respektieren. Wenn du Unterstützung oder gar eine Kampagne für eine*n Gefangene*n anbieten möchtest, so ist es am besten, realistisch zu bleiben bezüglich dessen, was du auch wirklich erreichen und umsetzen kannst. Für eine Person, die eine sehr lange Zeit hinter Gittern verbringen muss, kannst du wie ein sehr starker Hoffnungsschimmer erscheinen – es ist wichtig, die Hoffnung aufrecht zu erhalten, aber keine falschen Illusionen zu wecken. Wenn ein*e Gefangene*r dir glaubt, diese Erwartungen aber nicht erfüllt werden, so kann dies in Desillusion und Depression enden.

Knäste sind da, um Menschen voneinander zu isolieren. Deshalb müssen wir die Verbindung nach draußen gewährleisten. Direkter Kontakt mittels Briefverkehr ist einer der besten Wege, Gefangene nicht allein zu lassen gegenüber staatlichen Kontroll- und Disziplinierungsinstanzen.

Politische Gefangene in der BRD

Özgür Aydın JVA Koblenz Simmerner Str. 14A 56075 Koblenz (türkisch, zaza)	Jo Rote Hilfe Ortsgruppe Stuttgart Böblinger Str. 105 70199 Stuttgart	Abdullah Öcalan Obere Kreuzäckerstr. 6 JVA Frankfurt/M. 1 60435 Frankfurt/M. (kurmanci, türkisch, französisch)
Kenan Ayas Untersuchungshaftanstalt Hamburg Holstenglacis 3 20355 Hamburg	Joris Ben Jonas JVA Leipzig Leinestraße 111 04279 Leipzig	Ali Özel Obere Kreuzäckerstr. 6 JVA Frankfurt/M. 1 60435 Frankfurt/M. (kurmanci, türkisch, arabisch)
Mehmet Çakas JVA Hannover Schulenburg Landstr. 145 30165 Hannover (zaza, kurmanci, türkisch)	Maja Gefangenensolidarität Jena c/o Infoladen Jena Schillergässchen 5 07745 Jena	Kadri S. Untersuchungshaftanstalt Hamburg Holstenglacis 3 20355 Hamburg (wer ihm schreiben möchte, wende sich bitte wg. des vollen Namens an Azad)
Ihsan Cibelik JVA Köln-Ossendorf Rochusstraße 350 50827 Köln (türkisch, englisch, etwas deutsch)	Merdan Kızılkaya JVA Stuttgart-Stammheim Asperger Str. 60 70439 Stuttgart (kurmanci, türkisch, deutsch)	Finn Siebers (327/23/3) c/o Domnick Scheffel JVA Leipzig Leinestr. 111 04279 Leipzig
Sabri Çimen JVA Wittlich Trierer Landstr. 64 54516 Wittlich (kurmanci, türkisch, englisch)	Tahir Köçer JVA Stadelheim München Stadelheimer Str. 12 81549 München (kurmanci, türkisch, deutsch)	
Mazlum Dora JVA Stuttgart-Stammheim Asperger Str. 60 70439 Stuttgart (kurmanci, türkisch)	Andreas Krebs JVA Tegel Seidelstr. 39 13507 Berlin	
Özgül Emre JVA Köln-Ossendorf Rochusstr. 350 50827 Köln (türkisch, englisch, etwas deutsch)	Serkan Küpeli JVA Düsseldorf Oberhausener Str. 30 40472 Ratingen	
Ali Engizek JVA Stuttgart-Stammheim Asperger Str. 60 70439 Stuttgart (kurmanci, türkisch, etwas deutsch)		

Politische Gefangene international

Italien: Alfredo Cospito Casa Circondariale „G. Bacchiddu“ Strada provinciale 56, n.c. 4 Località Bancali 07100 Sassari Italia	USA: Smart Communications / PADO Mumia Abu-Jamal, #AM 8335 SCI Mahanoy P. O. Box 33028 St Petersburg, FL 33733
Griechenland: Alexandros Giotópoulos Korydallós Detention Centre 18122 Korydallós Greece	Alexander Contompasis 22-B-5028 Upstate Correctional Facility Post Office Box 2001 Malone, New York 12953 USA
Dimitris Koufontinas Domokós Detention Centre 35010 Domokós Greece	Bill Dunne #10916-086 FCI Victorville Medium I Post Office Box 3725 Adelanto, California 92301 USA
Russland: 460026 Russia Orenburg Krymskiy per., 119, IK-1 Filinkov Viktor Sergeevich (Филинков Виктор Сергеевич), 1994 (nur Schreiben auf russisch zulässig)	Marius Mason #04672-061 FMC Fort Worth Post Office Box 15330 Fort Worth, Texas 76119 USA
	Leonard Peltier #89637-132 USP Coleman I P.O. Box 1033 Coleman, FL 33521 USA

Aus Platzgründen können wir nur einige wenige Adressen abdrucken. Hunderte weitere Adressen von politischen Gefangenen finden sich u. a. auf folgenden Homepages:
BRD und international: <http://political-prisoners.net/adressen-von-gefangenen/15453/>
Baskenland: <https://www.etxerat.eus/es/list/listado-de-presos-y-carceles/5>
Russland: https://wiki.avtonom.org/en/index.php/Category:Currently_imprisoned_in_Russia
USA: <https://www.prisonersolidarity.com>

Solidarität ist unsere Waffe!



Wer ist die Rote Hilfe?



Die Rote Hilfe ist eine Solidaritätsorganisation, die politisch Verfolgte aus allen linken Spektranten unterstützt. Sie konzentriert sich auf von Repression Betroffene, die ihren politischen Schwerpunkt in der BRD haben, bezieht aber auch nach Kräften Verfolgte in anderen Ländern ein. Die Unterstützung durch die Rote Hilfe gilt allen, die als Linke wegen ihres politischen Handelns, z. B. wegen Teilnahme an Demonstrationen, Aktionen oder spontanen Streiks, wegen presserechtlicher Verantwortlichkeit für „staatsverunglimpfende“ Schriften oder wegen Widerstands gegen polizeiliche Übergriffe, vor Gericht gestellt und verurteilt werden oder andere Formen staatlicher Repression erleiden.

1. Politische und materielle Hilfe

Die in der Roten Hilfe aktiven Menschen bereiten zusammen mit den Angeklagten die jeweiligen Prozesse vor und machen die politischen Hintergründe in der Öffentlichkeit bekannt. Sie sorgen mit Solidaritätsveranstaltungen, Spendenaktionen und Zuschüssen aus den Beitragsgeldern der Mitgliedschaft dafür, dass die finanziellen Belastungen von vielen gemeinsam getragen werden. Insbesondere Anwält*innen- und Gerichtskosten können teilweise oder ganz übernommen werden. Es können aber auch Zahlungen zum Lebensunterhalt geleistet werden, wenn hohe Geldstrafen, Verlust des Arbeitsplatzes oder Haft die Betroffenen und ihre Angehörigen in Schwierigkeiten gebracht haben. Zu politischen Gefangenen wird persönlicher Kontakt gehalten, und es wird dafür eingetreten, dass die Haftbedingungen der Eingekerkerten sich verbessern und insbesondere die Isolationshaft gänzlich aufgehoben wird; wir fordern die Freilassung aller politischen Gefangenen.

2. Die Rote Hilfe ist keine karitative Einrichtung

Die Unterstützung für die Einzelnen soll zugleich ein Beitrag zur Stärkung der linken Bewegung sein. Jede*r, die*der sich am Kampf beteiligt, soll das im Bewusstsein tun können, dass sie*er auch

hinterher, wenn sie*er Strafverfahren angehängt bekommt, nicht alleine dasteht. Ist es einer der wichtigsten Zwecke staatlicher Unterdrückung, diejenigen, die gemeinsam auf die Straße gegangen sind, durch Herausgreifen Einzelner voneinander zu isolieren und durch exemplarische Strafen Abschreckung zu bewirken, so stellt die Rote Hilfe dem das Prinzip der Solidarität entgegen und ermutigt damit zum emanzipatorischen Weiterkämpfen. Außer der unmittelbaren Unterstützung für von staatlicher Repression Betroffene sieht die Rote Hilfe ihre Aufgabe auch darin, sich im allgemeinen Sinne an der Abwehr politischer Verfolgung zu beteiligen. Sie wirkt z. B. schon im Vorfeld von Demonstrationen darauf hin, dass die Teilnehmer*innen sich selbst und andere möglichst effektiv vor Verletzungen und Festnahmen durch die Staatsgewalt schützen. Sie engagiert sich gegen die fortschreitende Verschärfung der Staatsschutzgesetze, gegen den weiteren Abbau von Rechten der Verteidigung, gegen die Isolationshaft und gegen weitere Beschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit.

3. Mitgliedschaft und Organisation der Arbeit in der Roten Hilfe

Der Roten Hilfe gehören nur Einzelpersonen als Mitglieder an. Es gibt keine kollektive Mitgliedschaft von Gruppen oder Organisationen – wenn auch oft Mitglieder anderer linker Strukturen gleichzeitig Mitglieder der Roten Hilfe sind. Die Rote Hilfe organisiert ihre Arbeit auf zwei Ebenen. Zum einen bundesweit: Die Mitglieder wählen Delegierte zur Bundesdelegiertenversammlung, welche über die Grundsätze und Schwerpunkte der Rote-Hilfe-Arbeit entscheidet. Mit ihren Mitgliedsbeiträgen schaffen sie die materielle Grundlage für die Unterstützungen. Für die zweckentsprechende Verwendung der Gelder (Mitgliedsbeiträge und zu bestimmten Anlässen gesammelte Spenden) und für die laufende Arbeit ist der Bundesvorstand verantwortlich. Er organisiert Spendenaktionen und zentrale Kampagnen zu bestimmten Anlässen. Die Informierung der Mitglieder und die Öff-

entlichkeitsarbeit auf Bundesebene werden im Wesentlichen durch die vierteljährlich vom Bundesvorstand herausgegebene Rote-Hilfe-Zeitung sowie durch Presseerklärungen und die Homepage geleistet. Zum anderen gibt es in vielen Städten Ortsgruppen der Roten Hilfe, die bei lokalen Repressionsschlägen die praktische Solidaritätsarbeit umsetzen und direkt vor Ort für die Betroffenen ansprechbar sind.

4. Die Rote Hilfe versteht sich als Solidaritätsorganisation für die gesamte Linke

Das heißt nicht, dass sie irgendeinen Alleinvertretungsanspruch erhebt (im Gegenteil strebt sie die Zusammenarbeit mit möglichst vielen anderen Prozessgruppen, Soli-Fonds, Antirepressions-Gruppen, Ermittlungsausschüssen usw. an), sondern das heißt, dass sie an sich selbst den Anspruch stellt, keine Ausgrenzungen vorzunehmen.

In ihrer Satzung verpflichtet sie sich: „Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z. B. das Eintreten für die Ziele der Arbeiter*innenbewegung, die Internationale Solidarität, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische und gewerkschaftliche Kampf sowie der Kampf gegen Antisemitismus, Militarismus und Krieg. Unsere Unterstützung gilt denjeni-

gen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbot erhalten, vor Gericht gestellt und zu Geld- oder Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden. Darüber hinaus gilt die Solidarität der Roten Hilfe den von der Reaktion politisch Verfolgten in allen Ländern der Erde.“ (aus §2 der Satzung der Roten Hilfe)

Die Rote Hilfe will nicht nur materielle, sondern auch politische Unterstützung leisten, will also das, wofür jemand verfolgt wird, soweit es möglich ist, auch in der Öffentlichkeit vertreten. Deshalb sucht sie mit denen, die sie unterstützt, die politische Auseinandersetzung, nimmt eventuell auch zu ihrer Aktion Stellung. Aber sie macht vom Grad der Übereinstimmung nicht ihre Unterstützung abhängig. Diese politische Offenheit war für die Rote Hilfe nicht immer selbstverständlich (vgl. dazu die Broschüre „20/70 Jahre Rote Hilfe“). Dass sie heute nicht nur in der Satzung fixiert, sondern alltägliche Praxis ist, erkennt mensch vielleicht am ehesten an den Fällen konkreter Unterstützungszahlungen. Die Fälle der unterstützten oder abgelehnten Anträge des jeweils letzten Quartals werden auszugsweise in jeder Rote-Hilfe-Zeitung veröffentlicht.

5. Braucht die Linke eine bundesweite strömungsübergreifende Solidaritätsorganisation?

In der Regel erhalten Leute, die staatlicher Repression ausgesetzt sind, Unterstützung aus dem politischen Umfeld, in dem die verfolgte Aktion gelaufen ist. Wer z. B. wegen der Blockade einer Militäreinrichtung verurteilt wurde, wird in erster Linie mit der Solidarität von Gruppen aus

der Friedensbewegung rechnen können, verfolgte Antifaschist*innen mit der Solidarität aus der Antifa-Bewegung usw. Die Rote Hilfe ist der Meinung, dass diese naheliegende Form der Solidarität die wichtigste überhaupt ist und beabsichtigt keineswegs, sie zu ersetzen – wohl aber, sie zu ergänzen.

Es gibt immer auch Menschen, die als Einzelne z. B. an einer Demonstration teilnehmen und im Falle ihrer Festnahme nicht unbedingt auf einen unmittelbaren Unterstützungskreis zurückgreifen können. Manchmal sind die Belastungen durch Prozesskosten oder auch die Anforderungen an die Öffentlichkeitsarbeit so hoch, dass sie von einer Gruppe allein nicht getragen werden können. In vielen Fällen ziehen sich Ermittlungen, Anklageerhebungen und Prozesse durch mehrere Instanzen so lange hin, dass sich die politischen Zusammenhänge in der Zwischenzeit längst verändert haben, und wenn das Urteil rechtskräftig wird, niemand mehr für Unterstützung ansprechbar ist.

Aus diesen Gründen halten wir eine Solidaritätsorganisation für notwendig,

- ▶ die unabhängig von politischen Konjunkturen kontinuierlich arbeitet
- ▶ die aufgrund eines regelmäßigen Spendenaufkommens verlässlich auch langfristige Unterstützungszusagen machen kann
- ▶ die bundesweit organisiert und nicht an Großstädte gebunden ist
- ▶ die sich für die politisch Verfolgten aus allen Teilen der linken Bewegung verantwortlich fühlt
- ▶ die auf Gesetzesverschärfungen und Prozesswellen bundesweit reagieren kann.



Wir feiern 100 Jahre Rote Hilfe! Wir dokumentieren 100 Jahre Solidarität bundesweit und lokal und das ganze Jahr über. Ausstellungen, Film, Veranstaltungen...
Mehr Infos unter rote-hilfe.de

Impressum

Erscheinungsdatum: 01.03.2024
Auflage: 106.400
Herausgeber:
Bundesvorstand der Roten Hilfe e. V.
www.rote-hilfe.de
V.i.S.d.P.: A. Sommerfeld
PF 3255, 37022 Göttingen

Spendenkonto

Rote Hilfe e. V.
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

Bildrechte: Trotz sorgfältiger Recherche war es nicht in allen Fällen möglich, die Inhaber*innen der Bildrechte zu ermitteln. Wir bitten deshalb gegebenenfalls um Mitteilung.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt

Diese Zeitung bleibt bis zur Aushändigung an die*den Adressat*in Eigentum der Roten Hilfe e. V. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Zeitungen sind unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung an die Rote Hilfe e. V. zurückzusenden.

Bitte Zutreffendes ankreuzen, in Großbuchstaben ausfüllen, ausschneiden und senden an: Rote Hilfe e. V., Bundesgeschäftsstelle, PF 3255, 37022 Göttingen oder QR-Code nutzen zum Onlinebeitritt



BEITRITTSERKLÄRUNG

Ich erkläre meinen Beitritt zur Roten Hilfe e. V.

Ich bin an aktiver Mitarbeit interessiert

Ich zahle per Dauerauftrag mit dem Betreff „Mitgliedsbeitrag“ auf das Konto der Roten Hilfe e. V., Sparkasse Göttingen
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39, BIC: NOLADE21GOE

ODER

Der Bundesvorstand der Roten Hilfe e. V. wird, jederzeit widerruflich, ermächtigt, die Beitragszahlungen für das (Neu-)Mitglied von dem nebenstehend angegebenen Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich wird das genannte Kreditinstitut angewiesen, die von der Roten Hilfe e. V. auf das Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Innerhalb von acht Wochen, beginnend ab dem Belastungsdatum, kann die*der Kontoinhaber*in die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem angegebenen Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Eventuell verursachte Rücklastgebühren (Rückbuchungen z. B. bei ungedecktem Konto) gehen zu Lasten der*des Kontoinhaber*in und können ebenfalls von dem genannten Konto abgebucht werden.

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE49ZZ00000318799
Mandatsreferenznummer: Wird separat mitgeteilt

ÄNDERUNG DER BEITRAGSHÖHE

Ich bin Mitglied der Roten Hilfe und erhöhe meinen Beitrag

Meine Anschrift / Bankverbindung

Vorname / Name Mitglied

Straße / Hausnummer

Postleitzahl / Wohnort

Telefonnummer

E-Mail

Name und Sitz des Kreditinstituts

BIC

IBAN

Datum / Unterschrift Mitglied

ONLINEBEITRITT ▶▶▶



Ich zahle einen Mitgliedsbeitrag von

- jährlich 90 Euro oder anderer Betrag _____ Euro
 halbjährlich 45 Euro oder anderer Betrag _____ Euro
 vierteljährlich 22,50 Euro oder anderer Betrag _____ Euro
 monatlich 7,50 Euro oder anderer Betrag _____ Euro

Ich zahle einen Solibeitrag von

- jährlich 120 Euro oder anderer Betrag _____ Euro
 monatlich 10 Euro oder anderer Betrag _____ Euro

Der **Mindestbeitrag** beträgt 7,50 Euro monatlich.

Der **ermäßigte Mindestbeitrag** für Schüler*innen, Erwerbslose usw. beträgt 5 Euro monatlich.

Empfohlen wird ein Solibeitrag von 10 Euro monatlich bzw. 120 Euro jährlich.